

»Aktive Bürgerinnen und Bürger für Europa«



Die Europäische Union fördert kommunale Partnerschaften in Europa

Diese Publikation wurde gefördert durch die Europäische Union aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Diese Publikation gibt die Standpunkte der Autoren wieder. Die Europäische Kommission trägt keine Verantwortung für die Verwendung der hierin verbreiteten Informationen.



Projektleitung und Redaktion:

Christine Wingert-Beckmann

Aurorinnen aller nicht namentlich gekennzeichneten Texte:

Jana Rosenkranz, Nora Schröder,
Katharina Weinert und
Christine Wingert-Beckmann

Herausgeber:

© 2012 Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
in Kooperation mit der Deutschen Sektion
des Rates der Gemeinden und Regionen
Europas

Gestaltung und Layout:

Karin Dienst

Inhalt

- 5 **Grußwort**
Norbert Sievers, Wolfgang Schuster
- 6 **Aktive europäische Bürgerschaft durch Kommunalpartnerschaften**
Christine Wingert-Beckmann
- 10 **Kommunale Partnerschaften im Wandel der Zeit**
Walter Leitermann
- 14 **Deutsche Städtepartnerschaften in Zahlen seit 1950**
Ines Spengler
- 18 **Das Europäische Parlament als Partner der Kommunen**
Sabine Verheyen
- 21 **Städte engagieren sich in der Einen Welt**
Sabine Drees
- 24 **Städtenetzwerke – Die Rettung der Partnerschaftsidee?**
Kai Pfundheller
- 27 **Nachhaltigkeit: ein innovativer Rahmen für Städtepartnerschaften**
Albert Statz
- 31 **Fördermodalitäten für Bürgerbegegnungen und Vernetzung**
Katharina Weinert

Bürgerbegegnungen und Vernetzungsprojekte im Rahmen kommunaler Partnerschaften

- 36 **Europa auf die Fahnen schreiben**
Saarwellingen mit Bourbon-Lancy (FR) und Stochov (CZ)
- 39 **25 Jahre Heimat in Europa**
Adenau mit Sillery (FR), Mellieha (MT), Castione della Presolana (IT) und Bons-en-Chablais (FR)
- 42 **Gemeinsam feiern und Verwaltungsfragen**
Herbolzheim mit Sisteron (FR), Kremnica (SK), Morawica (PL), Brilon (DE) und Neudenuau (DE)
- 44 **Medien und Demokratie – Jugendcamp in Hude**
Hude mit Arnage (FR), Castelsarrasin (FR), Fiume Veneto (IT), Nowe Miasto Lubawskie (PL), Sinitz (AT) und Šalčininkai (LT)
- 47 **Europa – ganz persönlich**
Kaltenwestheim mit Saint-Solve (FR) und Hejce (HU)
- 50 **Mit Beethovens Neunter gegen Armut und soziale Ausgrenzung**
Tübingen mit Aix-en-Provence (FR)

- 53 **Von der Diktatur zur Demokratie**
Mücheln mit Bois d'Arcy (FR)
- 56 **Integration statt Ausgrenzung**
Neuburg mit Sète (FR) und Jeseník (CZ)
- 59 **Partner in West und Ost**
Neunkirchen-Seelscheid mit Bicester (UK) und Canton des Essarts (FR) 2010, mit Czernichów (PL) und Garliava (LT) 2011
- 62 **Grenzenlos – Gemeinsam – Aktiv**
Bretten mit Longjumeau (FR), Condeixa (PT) und Pontypool (GB)
- 65 **Europäischer Freiwilligentag**
Darmstadt mit Alkmaar (NL), Chesterfield (UK), Graz (AT), Plock (PL), Szeged (HU), Gyöng (HU), Liepāja (LV) und Logroño (ES)
- 68 **Der demografische Wandel in Europa**
Fladungen mit Nora (SE), Köo (EE), Köyliö (FI) und Markt Nassenfels (DE)
- 71 **Ehrenamt in deutschen und lettischen Kommunen**
Handewitt mit Salacgrīva, Smiltene, Valmiera, Ķekava, Jēkabpils, Liepāja (alle LV), Darmstadt, Deutsch-Lettischer Freundeskreis Willich e.V., Bordesholm, Melle und Gütersloh (alle DE)
- 74 **Mit sportlichem Elan**
Nürnberg mit Nizza (FR) und Córdoba (ES)
- 77 **Freiwilligentätigkeit hat viele Gesichter**
Reichelsheim mit Jabłonka (PL), Nagymányok (HU) und Dol-de-Bretagne (FR)
- 79 **Menschen mit Migrationshintergrund in Europa**
Braunfels (DE) mit Newbury (GB), Eeklo (BE), Feltre (IT), Kiskunfélegyháza (HU), Bagnols sur Cèze (FR) und Carcaixant (ES)
- 83 **Interkommunale Klimakonferenzen**
Greifswald mit Lund (SE), Kingston upon Hull (UK), Tartu (EE), Szczecin (PL), Goleniów (PL) und Osnabrück (DE)
- 87 **Europäische Kulturdörfer**
Halberstadt mit Kirchheim im Innkreis (AT), Bystré (CZ), Kilingi-Nõmme (ES), Mellionec (FR), Palkonya (HU), Paxos (GR), Pergine Valdarno (IT), Porrúa (ES), Tommerup (DK) und Wijk aan Zee (NL)
- 91 **Ein Netzwerk für nachhaltigen Tourismus**
Lörrach mit Sens (FR), Senigallia (IT) und Chester (UK)
- 95 **Freiwillig und ehrenamtlich aktiv**
Wesendorf mit Cuverville (FR), Démouville (FR), Sannerville (FR), Páka (HU), Radziejów (PL) und dem Europaclub Gymnasium Senvages in Vilnius (LT)

GRUSSWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, seit vielen Jahren unterstützt die Europäische Kommission mit einem Aktionsprogramm die Städtepartnerschaften in Europa. Denn diese Bewegung von verschwisterten Kommunen trägt wesentlich dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas die Möglichkeit erhalten, über ihren eigenen kulturellen Teller- rand zu schauen. Zudem fördert sie die europäische Integration, indem Europa im Alltag der Menschen erfahrbar wird. Ganz besonders auch für Jugendliche sind Begegnungen mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern unseres Kontinents eine große Bereicherung und helfen dabei, Vorurteile zu überwinden und Grenzen in den Köpfen abzubauen.

Von den rund 40.000 Städtepartnerschaften in Europa sind es mehr als 6.000, die deutsche Kommunen pflegen. Viele der transnationalen Projekte, die durchgeführt werden, erfahren eine finanzielle Förderung durch die EU. Das aktuelle Programm »Europa für Bürge-

rinnen und Bürger« (2007–2013) unterstützt insbesondere Bürgerbegegnungen sowie die Vernetzung von Partnerstädten und ihren fachlichen Austausch.

Die Ihnen nun vorliegende Broschüre ist ein gemeinsames Projekt der *Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger«* (KS EfBB) und der *Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas* (RGRE). Sie zeigt, welch breites und anspruchsvolles Spektrum an Themen und Aktivitäten die von der EU im Rahmen von Städtepartnerschaften geförderten Projekte deutscher Kommunen mit ihren Partnergemeinden aufweisen. Eine Sammlung ausgewählter Projektbeispiele hierzu finden Sie im zweiten Teil unserer Publikation. Der erste Teil gibt einen allgemeinen Überblick über die Geschichte und das Wesen der Städtepartnerschaftsbewegung. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis beleuchten verschiedene Aspekte der aktuellen Entwicklung von kommunalen Partnerschaften und ihre Potenziale für die Zukunft.

Wir freuen uns, wenn unsere Broschüre Ihnen damit Anregungen für eigene Projekte, thematischen Austausch und Vernetzungen über Grenzen hinweg bietet. Gleichzeitig möchten wir Sie ermuntern, in Ihrem Engagement für Städtepartnerschaften nicht nachzulassen und den Geist, den diese mittlerweile über 60-jährige Bewegung atmet, den folgenden Generationen weiterzuvermitteln.

Mit besten Grüßen



Dr. Norbert Sievers
Geschäftsführer der
Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister Stuttgart
Präsident der Deutschen
Sektion des RGRE

AKTIVE EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT DURCH KOMMUNALPARTNERSCHAFTEN

Von Christine Wingert-Beckmann

Die Europäische Union fördert Städte-partnerschaften schon seit über 20 Jahren; denn diese bieten ihr eine besondere Chance, Bürgerinnen und Bürger direkt zu erreichen. Die aktuelle weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stellt das Projekt »Europa« jedoch auf eine Zerreißprobe. Herzstücke wie die Währungsunion und der offene Grenzverkehr geraten ins Wanken; die Akzeptanz europäischer Politik schwindet in Teilen der Bevölkerung. Ganz neu ist das nicht: Anfang der 1980er Jahre war im Zuge der damaligen Wirtschaftskrise schon einmal die europäische Einigung ins Stocken geraten. Die damals erst zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft stritten um Geld und das Ansehen der EG bei den Bürgerinnen und Bürgern war mau.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs setzten 1984 den Ausschuss für das »Europa der Bürger« ein, der Vorschläge erarbeiten sollte, wie die Errungenschaften der Gemeinschaft für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer gemacht werden könnten. In

seinem – nach dem Vorsitzenden Pietro Adonnino benannten – Bericht schlug der Ausschuss 1985 Maßnahmen sowohl auf politischer als auch auf symbolischer Ebene vor, die unter anderem die besonderen Bürgerrechte, Kultur, Kommunikation und Information, Jugend, Bildung, Austausch und Sport, die Städtepartnerschaften sowie die Stärkung des Bildes und der Identität der Gemeinschaft betrafen. Unter dem Stichwort »Städtepartnerschaften« heißt es: »Die Solidarität zwischen den Bürgern der Mitgliedstaaten, wechselseitiges Verständnis und Zusammenarbeit – die für den Aufbau Europas unabdingbar sind – wurden erheblich gefördert und erleichtert durch die zahlreichen Städtepartnerschaften«. Die Empfehlungen an den Europäischen Rat bleiben aber recht zurückhaltend: Die Eigeninitiative der Städte und Gemeinden sollte insbesondere durch Information, Anerkennung und günstige Rahmenbedingungen seitens der Europäischen Kommission unterstützt werden.

Das Europäische Parlament setzte sich wiederholt für eine finanzielle Förderung von Kommunalpartnerschaften durch die Europäische Gemeinschaft ein. Im Februar 1988 nahmen die Parlamentarier den Bericht der Abgeordneten Nicole Fontaine über Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften an, der zugleich einen Entschließungsantrag zur finanziellen Förderung dieser Partnerschaften enthielt. Das Dokument ist aus heutiger Sicht interessant, denn es enthält Überlegungen und Vorschläge, die 25 Jahre später noch relevant sind.

In der Präambel des EWG-Vertrages von Rom vereinbarten die Mitgliedstaaten 1957, »die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen«. Ende der 1980er Jahre wurde in Vorbereitung des Vertrages über die Europäische Union (der 1992 in Maastricht geschlossen werden sollte) bereits die engere wirtschaftliche Verflechtung durch neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften ausgehandelt. Vor diesem Hintergrund

konstatierten die Parlamentarier im Fontaine-Bericht, dass ein Prozess des Umdenkens einsetzen müsse: Städtepartnerschaften könnten »eines der wichtigsten nicht zentral gesteuerten Antriebsmomente bei der Förderung der menschlichen Annäherung, des gegenseitigen Kennenlernens und der Entwicklung eines Wohlwollens darstellen, ohne die das Europa der Wirtschaft, und in noch stärkerem Maße das der Institutionen nicht denkbar wäre, weil den Völkern selbst die geistige Voraussetzung hierfür fehlen würde.«

Der Bericht wies auch auf Probleme bei der Gründung neuer und der Pflege bestehender Partnerschaften hin, wie große Entfernungen, Sprachbarrieren oder die unzureichende Größe von Gemeinden – Beobachtungen, die in der EU mit heute 27 Mitgliedstaaten umso virulenter sind. Die Parlamentarier forderten Städte und Gemeinden mit Partnerschaften auf, sich um eine größere Ausgewogenheit innerhalb der Gemeinschaft zu bemühen, indem sie gezielt Kommunen

einbeziehen sollten, die aufgrund ihrer geografischen Lage oder der zu geringen Verbreitung ihrer Landessprache benachteiligt sind.

Zugleich enthielt der Bericht konkrete Vorschläge für den nächsten Haushaltsentwurf, wie diese Bemühungen unterstützt werden könnten: Jährlich sollten 3.000 Besuche mit einem Reisekostenzuschuss gefördert werden. Da es nach einer Erhebung des *Rates der Gemeinden und Regionen* in den damals inzwischen zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft 6.000 Partnerschaften gab, bedeutete das rechnerisch, dass jede bilaterale Partnerschaft einmal im Jahr einen EU-Zuschuss erhalten konnte. Das ist heute bei circa 40.000 Partnerschaften in Europa nicht mehr möglich. Die Städtepartnerschaftsförderung sieht heute auch keinen finanziellen Anreiz mehr für die Pflege von Beziehungen in großer geografischer Distanz vor. Vor wenigen Jahren wurde ein vereinfachtes Pauschalssystem eingeführt, mit dem die Berechnung der Zu-

schusshöhe unabhängig von der Entfernung der Kommunen zueinander erfolgt. Damit fiel eine Grundidee der EU-Förderung der heutigen Verwaltungsvereinfachung zum Opfer.

Zurück zu den Anfängen des Förderprogramms: Bereits ein Jahr später, also 1989, wurden Mittel zur Förderung von Städtepartnerschaften in den Haushalt der Gemeinschaft eingestellt und die Nachfrage seitens der Kommunen stieg schnell. Aufgrund des zunehmenden Interesses von Kommunen aus den Mitgliedstaaten wurden ab 1991 Kosten für die Pflege von Partnerschaften mit Städten in Mittel- und Osteuropa förderfähig. So unterstützte die EU für ein gutes Jahrzehnt kommunale Partnerschaftsarbeit.

Unter dem sperrigen Titel »Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung)« wurden ab 2004 bestehende Förderungen zusammengefasst, so dass das heutige Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013) neben den Bezie-

hungen zwischen europäischen Kommunen (so allgemein muss man das formulieren, denn auch »nicht verbriefte« Städtefreundschaften werden gefördert) auch grenzübergreifende Kooperationen und europaweite Aktivitäten von Vereinen, Verbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einem Budget von 215 Millionen Euro fördert. Auch die Unterstützung der europäischen Erinnerungsarbeit wurde integriert.

Der Rückblick auf die Ursprünge der Städtepartnerschaftsförderung und damit des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« macht deutlich, dass es (so klein wie es ist) großen Herausforderungen begegnen soll: Einerseits unterstützt es, wie bereits im Adonnino-Bericht angedacht, Maßnahmen, die zum Verständnis der EU beitragen, um ein positives Bild vermitteln zu helfen. Andererseits soll es dazu beitragen, Europa »von unten« aufzubauen, und damit geht es auf den Fontaine-Bericht zurück: Es soll das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zu



Neunkirchen-Seelscheid begrüßt seine Gäste aus Bicester (Groß-Britannien) und Canton des Essarts (Frankreich) zum Austausch über die Bedeutung des Ehrenamtes in ihren Gemeinden, Mai 2010. © Gerhard Iwers

Europa fördern, indem Gelegenheiten geschaffen werden, den Alltag in anderen Ländern kennenzulernen und dort Freunde zu finden. Die Idee ist, dass Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Religion toleranter miteinander umgehen, wenn sie diese interkulturellen Erfahrungen machen konnten.

Die Wirkung des Bürgerschaftsprogramms soll weit über diese individuellen Kompetenzen hinausgehen: Es soll die aktive Bürgerschaft fördern. Was heißt das? Der Begriff der Unionsbürgerschaft, der 1992 mit seiner Einführung in den EU-Vertrag von Maastricht Rechtsverbindlichkeit bekommen hat, meint zuallererst die Bürgerrechte aller Menschen, die den Pass eines EU-Mitgliedsstaates haben, wie das Europawahlrecht, die Freizügigkeit und das Petitionsrecht. In unserem Zusammenhang ist damit zudem das Anliegen der EU verbunden, Partizipation und Engagement zu fördern. Behörden, Einrichtungen und Organisationen auf lokaler und regionaler Ebene sollen im Rahmen ihrer interna-

tionalen Aktivitäten den Austausch von Erfahrungen zu Themen von gemeinsamem Interesse ermöglichen, Bürgerbeteiligung zu europaweiten Herausforderungen organisieren und zu freiwilligem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik und der organisierten Zivilgesellschaft anregen.

Diese Broschüre veranschaulicht, anhand einer Auswahl von Projekten, die von Kommunen und ihren Partnerschaftsvereinen in Deutschland in den Jahren 2010 und 2011 initiiert und mit einem Zuschuss der EU aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« durchgeführt wurden, wie in kommunalen Partnerschaftsprojekten in Europa unterschiedliche Facetten dieser anspruchsvollen Aufgaben angegangen werden. Der aktuelle Stand der Verhandlungen zwischen den EU-Organen über ein Folgeprogramm lässt hoffen, dass auch in Zukunft kommunale Partnerschaftsarbeit gefördert werden wird. Von großer Bedeutung wird voraussicht-

lich sein, dass diese sich noch stärker als bisher auf Themen von europäischer Relevanz bezieht und zur Vernetzung von Akteuren in Europa beiträgt. Wir freuen uns, wenn die Berichte aus der Praxis Anregungen für künftige europäische Projekte bieten.



Christine Wingert-Beckmann
Leiterin der Kontaktstelle
Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der
Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Europäische Gemeinschaften, Hrsg. (1985): Bericht des Ausschusses für das »Europa der Bürger« an den Europäischen Rat von Mailand (Mailand, 28.–29. Juni 1985), Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

Europäisches Parlament (1988): Bericht im Namen des Ausschusses für Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport über die Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften in der Europäischen Gemeinschaft (Berichterstatlerin: Nicole Fontaine, Dok. A2-0312/87)

KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN IM WANDEL DER ZEIT

Von Walter Leitemann

Kommunale Partnerschaften sind die traditionelle Form kommunaler Auslandskontakte. Ihren Ausgangspunkt hat die kommunale Partnerschaftsbewegung – was zumindest ihren europäischen Teil angeht – in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Diese historische Verankerung prägt bis heute Form und Inhalt der Bewegung.

Beitrag zu Aussöhnung und Völkerverständigung

In der ersten Phase der Nachkriegszeit ging es vorrangig um die Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen ehemals verfeindeter Staaten. Die Erfahrung zweier Weltkriege auf europäischem Boden innerhalb kürzester Zeit machte deutlich, dass das zwischenstaatliche Beziehungsgeflecht nicht allein der nationalen Politik und ihren Diplomaten überlassen werden kann. Damit war die Idee der Bürgerbegegnung als Fundament grenzüberschreitender Beziehungen geboren. Die kommunalen Partnerschaften waren und sind das ideale

Instrument dieser Diplomatie von unten. Bereits im Jahre 1945 wurde die erste Städtepartnerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen. Es ist die Partnerschaft zwischen Braunsfels in Hessen und New Braunfels in den USA. Es folgten 1946 zwei deutsch-schweizerische Partnerschaften und 1947 mehrere deutsch-britische Städtepartnerschaften. Die erste deutsch-französische Partnerschaft entstand im Jahre 1950 zwischen Ludwigsburg und Montbéliard. Sie war der Ausgangspunkt eines besonders engen kommunalen Beziehungsgeflechts zwischen Deutschland und Frankreich. Bis heute ist Frankreich aus der Sicht der deutschen Städtepartnerschaftsbewegung das Land, zu dem die meisten Kontakte bestehen.

Beitrag zur europäischen Integration

Als das Projekt der europäischen Integration auf den Weg gebracht wurde, wurde die Idee der Annäherung und des Zusammenwachsens von Nationen auch für diesen Bereich fruchtbar gemacht.

Zur Diplomatie von unten gesellte sich die europäische Integration von unten als wesentliche Inhalte der europäischen Partnerschaftsbewegung. Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsländer haben, als sie im Frühjahr 2007 in Berlin zusammenkamen, um den fünfzigsten Geburtstag der Europäischen Union zu feiern, in einer Erklärung davon gesprochen, dass die europäische Einigung Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden habe. Wörtlich heißt es dazu: »Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.« Man könnte diesem Satz ohne Überheblichkeit hinzufügen, dass die Kommunen mit ihren Partnerschaften einen wesentlichen Anteil an diesem Zustand haben. Die Europäische Integration wäre als politisches Projekt nie erfolgreich gewesen, wenn es nicht durch eine Vielzahl von städtepartnerschaftlichen Kontakten zu einem Bürgerprojekt geworden wäre. Heute kooperieren Kommunen europaweit – zum Teil gefördert mit Mitteln der Europäischen Union – in Projekten zu

spezifischen Themen und vermitteln damit die Chance, nicht nur über Europa zu reden, sondern Europa zu leben.

Neue Inhalte, neue Formen

An der Städtepartnerschaftsbewegung ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Die Beweggründe und Rahmenbedingungen der Ausgangssituation in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und zu Beginn der europäischen Integration haben sich verändert. Das stellte auch die Städtepartnerschaftsbewegung vor neue Herausforderungen, auf die es zu reagieren galt.

Der Reiz der Städtepartnerschaftsbewegung lag insbesondere im ersten Nachkriegsjahrzehnt darin, dass sie für viele Menschen nahezu die einzige Möglichkeit des Auslandsaufenthaltes war. Die Zeit des Massentourismus und der durchlässigen Grenzen war noch weit entfernt. Das hat sich ab Mitte der 60er Jahre geändert. Man fuhr im Urlaub zunehmend ins Ausland, und junge Menschen entdeckten den Reiz des sog. »Rucksack-

tourismus« – wozu brauchte man da noch Städtepartnerschaften? Vor diese Herausforderung gestellt galt es, sich in der Tat Gedanken zu machen, ob die Städtepartnerschaftsbewegung mit dem aufkommenden Tourismus bzw. der neuen individuellen Beweglichkeit über Grenzen hinweg nicht ihre Mission erfüllt hatte. Nun, ganz so ernst ist die eben gestellte Frage nicht gemeint. Denn schließlich bestand der Auftrag der Städtepartnerschaftsbewegung nie darin, den Tourismus in Gang zu bringen. Die Mission der Städtepartnerschaftsbewegung bestand und besteht darin, durch Begegnung und Verständigung Verstehen und Toleranz gegenüber dem Fremden, dem Andersartigen zu ermöglichen. Das kann Tourismus häufig nicht leisten. Tourismus ist im schlimmsten Fall das Gegenteil von Begegnung und selbst bei wohlwollender Betrachtung, bleiben touristische Begegnungen häufig an der Oberfläche. Städtepartnerschaftliche Begegnungen stehen dagegen für ein Eintauchen in die jeweilige Gesellschaft, aufgebaut auf Kontinuität.

Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. Wer in Zukunft Chancen haben will, muss vor allem zweierlei mitbringen: Sprachkenntnisse und Auslandserfahrung. Hier können Partnerschaften ein Angebot unterbreiten. Und zwar nicht nur eines unter einer Vielzahl von anderen Anbietern, sondern ein ganz spezifisches. Sicherlich, Sprachen kann man grundsätzlich auch in Sprachinstituten im Ausland verfeinern. Aber den den Sprachunterricht begleitenden kontinuierlichen »Praxistest«, der erfahrungsgemäß auch motiviert, gibt es vor allem in den Städtepartnerschaften.

Nur wenige Einrichtungen und Unternehmen bieten in der Ausbildung Praktikumsplätze im Ausland. Bei den Städtepartnerschaften liegen diese Möglichkeiten praktisch vor der Tür: Praktika von Krankenschwestern und -pflehlern in den Krankenhäusern oder von Lehrlingen in den Handwerksbetrieben sind nicht nur eine sinnvolle Erweiterung des allgemeinen Jugendaustausches, sondern auch ein zeitgemäßes Angebot

im Rahmen von kommunalen Partnerschaften.

Die Partnerschaften waren – geprägt von ihrem Entstehungshintergrund – über viele Jahre hinweg dominiert vom Gedanken des Bürger- und Jugendaustausches. Lange Zeit hielten sich die Kommunalpolitiker – zumindest in Deutschland – zurück, um nicht dem Vorwurf des »Bürgermeistertourismus« anheimzufallen. Inzwischen sind kommunale Partnerschaften auch ein Forum, in dem sich Kommunalverwaltungen und -politiker zu spezifischen Fragestellungen und Problemen austauschen. Kommunalpolitik ist somit zu einem Thema der Partnerschaften geworden. Die Tatsache, dass die Europäische Union zunehmend in kommunale Politik- und Entscheidungsprozesse mittels Richtlinien und Verordnungen eingreift, hat der Zusammenarbeit der Kommunalverwaltungen innerhalb der EU zusätzlichen Auftrieb gegeben. Überhaupt hat die Einsicht in das Bestehen gemeinsamer Problemlagen und grenzüber-

schreitender Betroffenheiten, etwa in der Umweltpolitik, die Bereitschaft zur Internationalisierung von Debatten und Problemlösungen befördert. Kommunale Partnerschaften bieten hierzu einen idealen Rahmen und darüber hinaus die Chance eines kontinuierlichen Dialogs.

Auch im gesellschaftlichen Bereich haben sich die Begegnungsfelder erweitert. Der Austausch von Theatern, sozialen Einrichtungen, Berufsgruppen oder bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (wie etwa Senioren) zu spezifischen Themen, hat zugenommen. So ist eine vielfältige Vernetzung der Partnerschaft jenseits von Jugendaustausch und Kulturaustausch entstanden. Das bürgerschaftliche Potential der Partnerschaft wird auf diese Weise wesentlich erweitert.

Zunehmend kommt auch das Kombinationspaar »Städtepartnerschaft – Wirtschaft« in das Blickfeld der Partnerschaftsbewegung. So gibt es in Deutschland nicht wenige Städte, die ihre Partnerschaft (auch) zur Förderung der ört-



Freiwillige gestalteten im Rahmen des Europäischen Freiwilligentages in Darmstadt beim Arbeiter-Samariter-Bund die Außenanlage, August 2011. © Land Hessen

lichen mittelständischen Wirtschaft einsetzen oder gar eine Partnerschaft ganz bewusst unter der Vorgabe eingehen, wirtschaftliche Kontakte zu fördern.

Während in den Anfangsjahren der Partnerschaftsbewegung Jugendbegegnungen meistens bilateral erfolgten, ist in den letzten Jahren eine Kooperation unter den Partnerkommunen erkennbar. Damit werden Jugendbegegnungen multinational und erhöhen ihre Attraktivität für die Jugendlichen.

Eine zumindest in Deutschland interessante Entwicklung besteht darin, dass immer mehr Kommunen die Partnerschaftsarbeit auf Partnerschaftsvereine übertragen. Dies hat zugegebenermaßen auch etwas mit den knapper werdenden kommunalen Finanzen zu tun, aber nicht nur. In der Partnerschaftsbewegung setzt sich der Gedanke durch, dass Städtepartnerschaften nicht nur Angebote an die Bürger sein sollen, sondern ein Projekt, das von den Bürgern auch maßgeblich entwickelt und gestaltet wird. Die Formen hierfür sind in Deutschland sehr

unterschiedlich. Sie haben jedoch eines gemeinsam: Sie bedeuten nie einen Rückzug der Kommunalpolitik aus den Städtepartnerschaften. Städtepartnerschaften brauchen als Bezugsrahmen die Unterstützung durch die Kommunalpolitik. Aber sie brauchen eben auch das bürgerliche Engagement jenseits der Beteiligung an konkreten Austauschmaßnahmen. Partnerschaftsvereine stellen eine Möglichkeit dar, die Bürger/innen aus einer »Konsumentenhaltung« bezüglich der Städtepartnerschaften herauszuholen und sie zu Mitgestaltern der Partnerschaft zu machen.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat seine Wurzeln in der europäischen Partnerschaftsbewegung und ist diesem Thema bis heute treu geblieben, da Städtepartnerschaften nach wie vor begründet und gelebt werden. Sicherlich haben sich die Zeiten geändert und die Städtepartnerschaftsbewegung musste und muss sich dem Wandel anpassen. Diesen Wandel zu begleiten, ihn sichtbar zu machen und der

Städtepartnerschaftsbewegung in diesem Transformationsprozess helfend zur Seite zu stehen, ist Aufgabe des RGRE. Die europäische Städtepartnerschaftsbewegung ist mehr als sechzig Jahre alt. Sie ist damit aber noch lange nicht im Rentenalter.



Walter Leitermann
Stellv. Generalsekretär der
Deutschen Sektion des
Rates der Gemeinden und
Regionen Europas

DEUTSCHE STÄDTEPARTNERSCHAFTEN IN ZAHLEN SEIT 1950

Von Ines Spengler

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland hatten den Gedanken der kommunalen Verschwisterung gerade nach dem 2. Weltkrieg verstärkt aufgegriffen. Auch wenn es schon Anfang des 20. Jahrhunderts erste Partnerschaften gab, so konnten vor allem in den sechziger und siebziger Jahren zahlreiche neue Partnerschaften, insbesondere mit Frankreich und Großbritannien, verzeichnet werden.

Deutschland hat aufgrund seiner Lage im Zentrum Europas mit seinen neun direkten Nachbarländern ausgezeichnete geographische Voraussetzungen. Die Partnerschaften mit europäischen Ländern dominieren eindeutig, doch sind mittlerweile auch Verschwisterungen mit Kommunen außerhalb Europas in nicht unmaßgeblicher Zahl vorhanden.

Die nachfolgenden Zahlen geben einen Überblick über die Anzahl der Städtepartnerschaften nach der chronologischen Entwicklung, Bundesländern, Einwohnerzahl und Partnerländern (Stand:

Dezember 2011).¹ Das Datenmaterial basiert auf der Datenbank der kommunalen Partnerschaften, die von der Geschäftsstelle der deutschen Sektion des *Rates der Gemeinden und Regionen Europas* (RGRE) gepflegt wird (www.rgre.de). Berücksichtigt wurden die klassischen Partnerschaften der Städte, Gemeinden und Kreise, d.h. förmlich, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaften, beruhend auf einem Partnerschaftsvertrag.

Zum Hintergrund: Die Geschichte des RGRE ist eng mit der Partnerschaftsbewegung in Deutschland verbunden. Der RGRE wurde im Jahre 1951 von deutschen und französischen Bürgermeistern in Genf gegründet und hat seine Wurzeln in der europäischen Städtepartnerschaftsbewegung. Das Ziel war die Annäherung und Verständigung der Völker Europas zu einem Zeitpunkt, zu dem

die Idee eines vereinten Europas noch nicht im Zentrum der politischen Debatte stand.

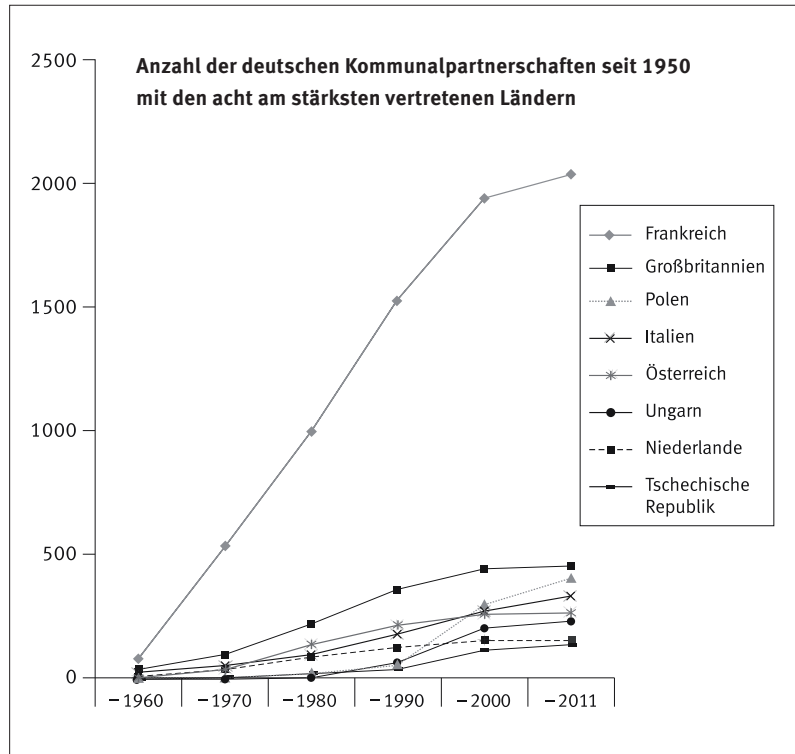
Entwicklung von Partnerschaften mit europäischen Ländern seit 1950

Die zehn wichtigsten europäischen Länder für neue Kommunalpartnerschaften deutscher Kommunen seit 1950 sind Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Polen, Österreich, Niederlande, Russland, die Tschechische Republik und Ungarn. Insbesondere mit französischen Kommunen wurden bis zum Jahr 2000 zahlreiche neue Partnerschaften eingegangen, der Höchststand der Neugründungen wurde in den 1980er Jahren erreicht (529). Eine deutliche Zunahme von neu geschlossenen Partnerschaften ist bei den polnischen, russischen, tschechischen und ungarischen Kommunen seit 1990 zu beobachten, was auf die Öffnung der osteuropäischen Länder in jener Zeit zurückzuführen ist. Insgesamt ist seit Beginn des neuen Jahrtausends ein Rückgang der neu geschlossenen

1 Nicht erfasst sind die deutsch-deutschen Partnerschaften, siehe hierzu www.deutsche-partnerschaften.de.

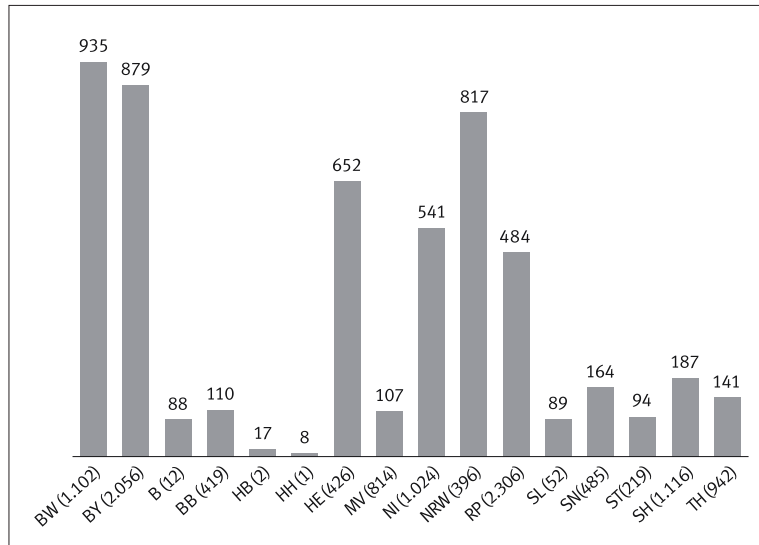
Partnerschaften zu beobachten. Dies kann u.a. damit erklärt werden, dass viele deutsche Gebietskörperschaften es vorziehen, ihre bereits bestehenden Partnerschaften mit Leben zu füllen und daher für neu einzugehende Partnerschaften relativ wenig freie Kapazitäten haben.

Die nebenstehende Abbildung gibt die Entwicklung des Gesamtbestandes an Partnerschaften der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise wider. Die meisten Partnerschaften bestehen mit französischen Kommunen (2.036). Danach folgen Großbritannien (456), Polen (408), Italien (334) und Österreich (268).



Partnerschaften in den Bundesländern

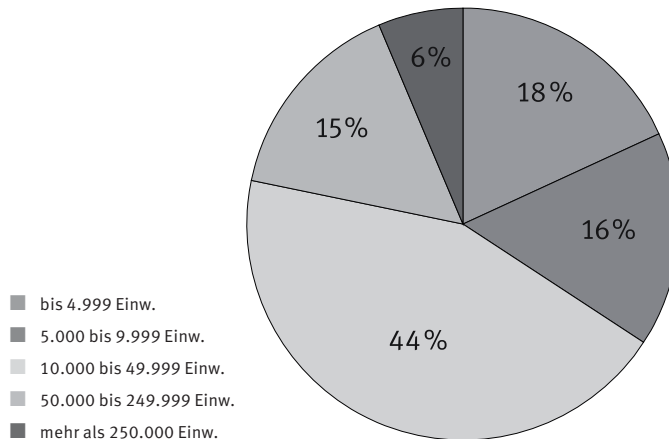
Die meisten Partnerschaften sind in den einwohnerstarken Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Die verhältnismäßig große Zahl der Berliner Partnerschaften beruht auf zahlreichen Bezirkspartnerschaften.



BW=Baden-Württemberg, BY=Bayern, B=Berlin, BB=Brandenburg, HB=Bremen, HH=Hamburg, HE=Hessen, MV=Mecklenburg-Vorpommern, NI=Niedersachsen, NRW=Nordrhein-Westfalen, RP=Rheinland-Pfalz, SL=Saarland, SN=Sachsen, ST=Sachsen-Anhalt, SH=Schleswig-Holstein, TH=Thüringen (in Klammern = Anzahl der Gebietskörperschaften, Stand 31.12.2010)


Partnerschaften nach Städtegrößenklassen

Die meisten Partnerschaften sind in den Kommunen der Größenklasse 10.000 bis 49.999 Einwohner zu verzeichnen. Fasst man die Größenklasse 1 bis 49.999 Einwohner zusammen, macht der Anteil sogar 78 Prozent aus.



Partnerschaften mit außereuropäischen Ländern

Die größte Anzahl von Partnerschaften deutscher Kommunen im außereuropäischen Ausland bestehen mit US-amerikanischen Kommunen (182). Im südamerikanischen Raum steht die Zahl der Partnerschaften mit Nicaragua (29) an erster Stelle. Auf dem afrikanischen Kontinent führt Ruanda mit 12 Partnerschaften, die alle mit rheinland-pfälzischen Kommunen abgeschlossen wurden. Hintergrund hierfür ist die Regionalpartnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda. Im asiatischen Raum gibt es die meisten Partnerschaften mit chinesischen (49) und japanischen (39) Kommunen. Unter den Verbindungen im Nahen Osten ragt die Anzahl der Partnerschaften mit Israel (78) heraus.

 *Ines Spengler*
Mitarbeiterin der Deutschen
Sektion des Rates der Gemeinden
und Regionen, u.a. zuständig
für Kommunalpartnerschaften

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT ALS PARTNER DER KOMMUNEN

Von Sabine Verheyen

Europa in den Kommunen

Über 50 Jahre ist es her, dass mit den Römischen Verträgen erstmals die Möglichkeit eingerichtet wurde, auf europäischer Ebene Gesetze zu erlassen, die in allen Mitgliedsstaaten gelten. Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der heutigen Europäischen Union (EU), ist viel passiert. Neue globale Herausforderungen erforderten das gemeinsame Handeln aller europäischen Länder, von einheitlichen Regelungen konnten europäische Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger profitieren und der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern der EU brachte unsere Gemeinschaft weiter voran. Dem Voranschreiten der europäischen Integration haben wir in der Wirtschafts-, Umwelt- und Regionalpolitik, aber auch im Alltag viele Fortschritte zu verdanken. Dazu zählen beispielsweise die Öffnung der Landesgrenzen und damit der freie Warenverkehr, die verpflichtende Beschriftung von Lebensmitteln nach In-

haltsstoffen und Herkunftsland oder der Eurotarif zur Festlegung einer Obergrenze für Telefonkosten im Ausland.

Bei der Planung dieser Projekte spielen die europäischen Städte und Regionen seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 eine größere Rolle als je zuvor: Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten Gesetze haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf kommunale Aufgabenfelder. Zuvor waren die Rechte der Kommunen im Vergleich zu den Bundesländern in der EU nur schwach geschützt und die Kommunen hatten nur wenig direkte Einflussmöglichkeiten. Mit dem neuen Vertrag wurden die Rechte der Kommunen deutlich gestärkt. Neben der Anerkennung des Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung im Vertragstext fand eine Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips auf die regionale und lokale Ebene statt. Im Vertrag von Lissabon wird damit erstmals die kommunale Ebene explizit als Verwaltungsebene genannt. Die Wahrung des Subsidiari-

tätsprinzips ist von größter Bedeutung, denn es besagt letztlich, dass jede politische Ebene – Europa, Bund, Land bis hin zu den Kommunen – das tun sollte, was sie am besten kann, und dass nicht alles von Brüssel aus bestimmt werden kann und soll. Bei neuen Gesetzesvorschlägen steht die Europäische Kommission nun in der Pflicht, darzulegen, warum entsprechende Rechtsakte tatsächlich auf europäischer Ebene besser erfüllt werden können als direkt vor Ort.

Um dieses Prinzip zu untermauern, wurde daher der institutionalisierten Vertretung der Regionen in Brüssel, dem *Ausschuss der Regionen* (AdR), ein Recht auf Subsidiaritätsklage vor dem *Europäischen Gerichtshof* zuerkannt. Damit wird die Vertretung der Regionen Europas zum Anwalt der Kommunen auf europäischer Ebene. So erfüllen das Europäische Parlament und die Städte und Kommunen einen gemeinsamen Zweck, denn beide vertreten die Bürgerinteressen auf EU-Ebene.

Das Leben der 492 Millionen Bürgerinnen und Bürger wird auf der lokalen Ebene täglich durch europäische Entscheidungen beeinflusst. Umgekehrt hauchen aber auch die Städte und Regionen der Europapolitik Leben ein, denn hier spielt sich schließlich das tägliche Leben der Bürger und Unternehmen ab. Aktivitäten auf regionaler und kommunaler Ebene unterstützt die EU durch mehrere Programme und Fördertöpfe. In verschiedenen Aktionsbereichen werden finanzielle Mittel für Veranstaltungen, Partnerschafts- und Austauschprogramme mit kulturellen und politischen Inhalten sowie Projekte zum aktiven Geschichtsbewusstsein und der Entwicklung von Visionen für die Zukunft der EU bereitgestellt. Zudem gibt es eine Vielzahl von Projekten, die im Rahmen der EU-Regionalpolitik mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Wirtschaftswachstum und einer verbesserten Lebensqualität direkt auf kommunaler Ebene gefördert werden.

Das EU-Parlament für die Kommunen

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und vertritt somit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen. Die Abgeordneten sind für Kommunen und Unternehmen auf europäischer Ebene wichtige Ansprechpartner. Als kommunalpolitische Sprecherin der deutschen CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sehe ich es als meine Aufgabe an, die kommunalen Interessen auf europäischer Ebene im Blick zu behalten und eine Brücke zwischen beiden Ebenen zu bauen. Dies geschieht dadurch, dass ich etwa neue Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene auf ihre kommunale Relevanz hin überprüfe, Kollegen und Entscheidungsträger anderer EU-Institutionen auf Anliegen der Kommunen aufmerksam mache oder die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwache.

Zudem stehe ich in regem Kontakt mit den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland und den in Brüssel ansässigen Repräsentanten der europä-

ischen Kommunen. Um die europäische Ebene und ihre Politik den Kommunen näher zu bringen, treffe ich mich regelmäßig mit Vertretern der kommunalen Ebene in Brüssel, in Berlin und in meinem Wahlkreis. Ziel dieser Sitzungen ist es, neue EU-Maßnahmen direkt an der Basis zu diskutieren und diese hinsichtlich ihrer Alltagstauglichkeit vor Ort überprüfen zu lassen.

Die Bedeutung des Europäischen

Parlaments als wichtiger Partner der Kommunen lässt sich anhand von Beispielen aus unterschiedlichen Politikbereichen gut illustrieren. So setzen sich die EU-Abgeordneten dafür ein, dass im Rahmen der Reform der EU-Regionalpolitik mit europäischen Mitteln Verkehrs- und Internetanbindungen in ländlichen Regionen verbessert sowie kleine und mittlere Unternehmen in benachteiligten Gebieten gefördert werden. Im Zeitraum 2007–2013 investiert die EU insgesamt 347 Milliarden Euro in Europas Regionen. Neben Investitionen in eine sauberere Umwelt und die Verbesserung der Bil-

dungs- und Qualifikationsniveaus fließen weitere Gelder in Innovation, die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmethoden, Energieeffizienz und Klimaschutz. Dies sind Bereiche, in denen europäische Mittel den Kommunen unmittelbar zu Gute kommen. Um sicherzustellen, dass weiterhin ausreichend Mittel in die regionale Entwicklung fließen, setze ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen für eine starke europäische Strukturpolitik auch nach 2013 ein.

Ein weiteres Beispiel ist der Themenkomplex Binnenmarkt. Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge stehen oftmals im Spannungsfeld zwischen europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl-orientierung. In Zeiten knapper Kassen und strapazierter Haushalte müssen sich auch Kommunen dem Wettbewerb stellen. Zudem wird die Gestaltung der Daseinsvorsorge zunehmend durch europäische Vorgaben eingeschränkt. Dies birgt die Gefahr, die Rolle der Kommunen als Stabilisatoren der regionalen Wirtschaft in Krisenzeiten und als Garanten einer

nachhaltigen Wertschöpfung innerhalb des Binnenmarktes durch Überbürokratisierung aufs Spiel zu setzen. Daher ist es die Aufgabe des Europäischen Parlaments aufzuzeigen, dass sich die Städte und Gemeinden trotz rechtlicher Beschränkungen bereits heute dem Wettbewerb stellen. Entscheidend dabei ist es, Leitlinien auf europäischer Ebene auszuarbeiten, die nicht nur das europäische Wettbewerbsrecht und Liberalisierung im Blick haben, sondern auch das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Da der *Ausschuss der Regionen* kein formelles Mitbestimmungsrecht bei Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene hat, ist es umso wichtiger, dass die EU-Abgeordneten als Anwälte ihrer Regionen und Kommunen auftreten. Denn man darf nicht vergessen, dass die kommunale Daseinsvorsorge nicht nur ein Bestandteil der europarechtlich gewährleisteten kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch ein wesentliches Merkmal unserer Demokratie ist. Daher muss die Funktion der Gemeinde als deren Keimzelle und

mit ihr die Daseinsvorsorge auch im EU-Recht beachtet werden.

Solche Beispiele zeigen, dass die Europaabgeordneten in ihrer täglichen Arbeit regelmäßig mit Themen und Problemstellungen konfrontiert werden, die weitreichende Auswirkungen auf die Kommunen haben. Umso wichtiger ist es daher, dass wir uns dieser Auswirkungen stets bewusst sind und sie bei unseren Diskussionen und Entscheidungen im Blick haben. Ich halte die Funktion als kommunalpolitische Sprecherin daher für eine reizvolle Aufgabe, die mir gerade deshalb so viel Freude bereitet, weil ich vor meiner Wahl ins Europäische Parlament viele Jahre kommunalpolitisch aktiv gewesen bin und so die Interessen beider Ebenen sehr gut einschätzen und miteinander in Einklang bringen kann.



Sabine Verheyen
MdEP, kommunalpolitische
Sprecherin der deutschen
CDU/CSU-Gruppe

STÄDTE ENGAGIEREN SICH IN DER EINEN WELT

Von Sabine Drees

Mehr als 500 Kommunen in Deutschland unterhalten Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika, sie sind zeitlich befristete Projektpartnerschaften eingegangen oder sogar Bestandteil eines umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerks geworden. Viele Kommunen sind vor Ort in der Entwicklungspolitik aktiv und engagieren sich im Fairen Handel oder arbeiten mit Migrantenorganisationen zusammen, um die Themen Integration und Entwicklungspolitik zu vernetzen. Zahlreiche Kommunen leisten humanitäre Hilfe, unterstützen Spendenaktionen oder sie kooperieren mit Durchführungsorganisationen des Staates. Der *Deutsche Städtetag* hat Anfang des Jahres einen »Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit« herausgegeben, in dem Projekte aus 18 Entwicklungs- und Transformationsländern beschrieben werden.¹

¹ Der Leitfaden ist unter: www.staedtetag.de/10/veroeffentlichungen/materialien/index.html erhältlich.

Viele dieser Kooperationen finden im Rahmen von Städtepartnerschaften statt. Die Stadt Leipzig unterstützt ihre Partnerstadt Addis Abeba in Äthiopien bei dem Aufbau eines neuen Zoos für seltene Löwenarten. Der Zoo wird eingebettet in ein städtebauliches Projekt, das als grüne Oase in der Stadt konzipiert wird. Köln unterhält einen regen Austausch mit seinem Partner Tunis im Bereich Abfallmanagement und Stadtentwicklung und diskutiert mit den tunesischen Kollegen neue Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung im Rahmen der Demokratisierung des Landes. Eine Delegation engagierter Stadträte aus Harare (Simbabwe) war letztes Jahr drei Wochen in ihrer Partnerstadt München, um sich unter anderem über die Strukturen und Kompetenzen der Münchener Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik zu informieren.

Was sind die Aufgaben der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit? Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer,

selbstverwalteter und damit bürgernahe Strukturen in Entwicklungsländern. Insgesamt gibt es einen Trend zu mehr Dezentralisierung in der Einen Welt. So werden nach dem Subsidiaritätsprinzip vermehrt Aufgaben auf die lokale Ebene übertragen. Damit Kommunen diese Aufgaben erfüllen können, benötigen sie Selbstbestimmungsrechte und finanzielle Spielräume.

Städte betreiben sogar in Krisengebieten aktiv »Städtediplomatie« für den Frieden, denn internationale Beziehungen sind nicht mehr exklusiv den Nationalregierungen vorbehalten. So bleiben oftmals Kontakte von Bürgern zu Bürgern oder von Kommunen zu Kommunen bestehen, auch wenn sich auf nationaler Ebene Spannungen ergeben. Die Stadt Köln pflegt gleichzeitig eine Partnerschaft mit Tel Aviv und mit Betlehem, Bergisch-Gladbach hat einen Partner in Palästina und baut Beziehungen zu der israelischen Stadt Ganey Tikva auf, während Bielefeld einen israelischen Partner hat und bereits ein Memorandum of un-

derstanding im Krankenhaus-Bereich mit der palästinensischen Stadt Zabadeh abgeschlossen hat. Städte tragen im Rahmen von Städtediplomatie dazu bei, Spannungen in der Region abzubauen.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Kommunen ist die kommunale Facharbeit, die langfristig und nachhaltig in den Stadtverwaltungen erbracht wird. Dabei tragen Fachleute aus Kommunen ihr Wissen in alle Regionen der Welt und sie kooperieren auf Augenhöhe mit ihren internationalen Fachkollegen. Die Projekte umfassen verschiedene Sachgebiete, vom Umwelt- und Klimaschutz über Stadt- und Raumplanung bis hin zur Sozialplanung. Dieser sogenannte »Kollegen-Ansatz« ist sehr erfolgreich. Er basiert auf Vertrauen, ist oft in Städtepartnerschaften eingebettet und besticht durch Nachhaltigkeit. So bestehen die Kontakte zwischen Kollegen häufig weiter, auch wenn das Projekt abgeschlossen ist.

Als freiwillige Aufgabe steht die kommunale Entwicklungspolitik insbesondere in finanzschwachen Kommunen

auf dem Prüfstand. Auch aus diesem Grund hat die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Durchführungsorganisationen des Staates wie die *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt* (SKEW) oder die *Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Diese lässt sich im Rahmen städtepartnerschaftlicher Verbindungen nutzen.

Ziel der SKEW ist es, mehr Kommunen für ein Engagement in der Einen Welt zu gewinnen, sie schafft hierfür beispielsweise Strukturen und Angebote. Im Rahmen des Projektes »50 Klimapartnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten aus dem Süden bis 2015« werden gemeinsam Handlungsprogramme für Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen erstellt. Seit 2011 finanziert die SKEW einen kommunalen Expertenaustausch zwischen deutschen und afrikanischen Experten. Die Stadt Bonn arbeitet mit ihrem Partner Cape Coast aus Ghana an der Renaturalisierung eines Sees. Ab Herbst 2012 wird

das Programm auf Lateinamerika ausgedehnt. Ein anderes Angebot bezieht sich auf ehemalige deutsche Fußball-WM-Austragungsorte. Kommunale Experten für Sicherheit, Verkehrsplanung oder Rettungswesen beraten die bevorstehende WM 2014 in Brasilien. Städte, die bereits Beziehungen zu brasilianischen Städten haben, stehen besonders im Fokus.

Kommunen haben auch die Möglichkeit, ihre städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu intensivieren, indem sie gemeinsam Projekte mit der GIZ durchführen. Beispielsweise fördert die GIZ seit 2008 ein Lernnetzwerk zwischen Kommunen aus dem Maghreb und deutschen Kommunen im Bereich Stadtentwicklung. Die GIZ hat sich intensiv um Kommunen bemüht, die Beziehungen mit Städten aus Marokko, Tunesien oder Algerien unterhalten.

Wie profitieren deutsche Kommunen von der Entwicklungszusammenarbeit? Nach einer Umfrage des *Deutschen Städtetages* Anfang 2011 verfolgen Städte bei internationalen Einsätzen

auch Ziele im eigenen Interesse. Ein internationales städtisches Profil und die damit einhergehenden Kontakte zu Partnerländern können Absatzmärkte für heimische Unternehmen öffnen oder Unternehmensansiedlungen begünstigen. Oder sie verbinden ihr Engagement mit Wissenschaftskooperationen. Auch das Profil und Image einer Kommune spielt für einige Städte eine Rolle: Medien schenken internationalen Aktivitäten von Stadtverwaltungen viel Aufmerksamkeit. Als weiteres Motiv wurde die entwicklungspolitische Bildung in der Stadt genannt. Kommunen arbeiten mit Schulen und anderen Einrichtungen zusammen, um Bürger zu entwicklungspolitischem Engagement zu ermutigen. Eine wichtige Eigenmotivation stellt auch der Beitrag der Städte zur Friedensförderung dar.

Auslandseinsätze bieten Vorteile innerhalb der Stadtverwaltungen: Mitarbeiter können von den Einsätzen zu sachverwandten Problemlagen wertvolle Erfahrungen für die eigene Kommune mitbringen, z.B. fortschrittliche Manage-

menttechniken, aber auch interkulturelle Fähigkeiten und Sprachen. Viele Kommunen lernen vom Süden: Die Stadt Stuttgart hat ein Nachtbus-Konzept aus Lima eingeführt, das aus Sicherheitsgründen den Passagieren erlaubt, nicht haltestellengebunden auszusteigen. Die Stadt Bremen lernt von ihrer südafrikanischen Partnerstadt Durban Konzepte zum Umgang mit Starkregen. Communities von Migranten und Migrantinnen aus Entwicklungs- und Transformationsländern kommt eine bedeutende Rolle als Mittler zwischen Stadtverwaltungen und Partnerkommunen aus Migrationsländern und der jeweiligen Bevölkerung zu.

In den letzten Jahren hat die kommunale Entwicklungszusammenarbeit viel Anerkennung erfahren. So trägt das Präsidium des *Rates der Gemeinden und Regionen Europas* in seiner 102. Sitzung am 8.12.2011 in Halle »der zunehmenden Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen sowie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene durch die

Einsetzung eines *Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Rechnung*«. Auch das Präsidium des *Deutschen Städtetages* hat bereits 2009 darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen spezifischen Beitrag in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Der *Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit* würdigt in seinem Beschluss zur kommunalen Entwicklungspolitik vom Juni 2010 das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen und empfiehlt ihre Einbeziehung in einen staatlichen Mehrebenenansatz. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auch ein etablierter Politikbereich der Europäischen Union und die EU-Kommission anerkennt die Kommunen offiziell als Partner in diesem Bereich.



Sabine Drees
Referentin für Auslandsangelegenheiten
beim Deutschen Städtetag

STÄDTENETZWERKE – DIE RETTUNG DER PARTNERSCHAFTSIDEES?

Von Kai Pfundheller

Wie Netzwerke die Partnerschaftsidee erweitern können – voneinander lernen ist das Motto.¹

Städtepartnerschaften sind ein etabliertes Instrument, um den Gedanken der Völkerverständigung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit praxis- und bürgernah zu fördern und ihn damit jenseits aller spektakulären Versuche auf den politischen Hochebenen als gelebte kommunale Wirklichkeit auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern. Städtepartnerschaften haben ohne jeden Zweifel eine entscheidende Rolle beim Zusammenwachsen Europas gespielt und tragen auch heute noch zu einer fortschreitenden Europäisierung bei. Dennoch stehen sie vor erheblichen Herausforderungen: Zu nennen ist hier beispielhaft der Wegfall der Exotik – es ist kein Erlebnis mehr, in die Partnerstadt nach Frankreich zu fahren, seit Auto und Billigflieger das Reisen so selbstverständlich gemacht haben. Weiterhin zu nennen ist die finanzielle Notlage der kommunalen Haushalte: Ausgaben für

Städtepartnerschaften bedürfen einer hohen Rechtfertigung, wenn sie durch die kommunale Haushaltssicherung nicht gar ausgeschlossen sind. Zuletzt zu nennen ist der Wegfall der Gründungsmotivation »Nie wieder Krieg« – der Frieden in Europa ist für die jüngere Generation glücklicherweise eine Selbstverständlichkeit. Dies hat dazu geführt, dass Jugendliche sich auf andere Art und Weise engagieren, beispielsweise in der Entwicklungszusammenarbeit oder im Kibbuz. Dennoch zeigt die gegenwärtige Finanzkrise, dass ein zusammengewachsenes Europa keineswegs selbstverständlich ist und auch heute der innereuropäische Austausch über Städtepartnerschaften dazu beitragen kann, Europa erlebbar zu machen. Damit Städtepartnerschaften weiterhin attraktiv bleiben, müssen sie aber den veränderten Gegebenheiten angepasst werden.

Ein altes, jedoch vergleichsweise selten genutztes Instrument zur Erweiterung der Städtepartnerschaftsidee ist die Netzwerkbildung. Der Grundgedanke ist,

mit mehreren Städten und Gemeinden zusammenzuarbeiten, um voneinander zu profitieren. Die verschiedenen Wege zu sowie die unterschiedlichen Inhalte von einem Netzwerk sollen im Folgenden erläutert werden.

Es sind verschiedene Arten von Zusammenarbeit im Netzwerk möglich, die systematisch unterschieden werden können: das lokale Städtenetzwerk, das globale Städtenetzwerk sowie die Mitarbeit in bestehenden Netzwerken. Diese Netzwerke können sich ad-hoc für eine einmalige Kooperation zusammenschließen oder sich auch für längere Zeit etablieren; oft ist dies zu Beginn der Zusammenarbeit nicht so geplant.

Beim lokalen Städtenetzwerk spricht der Initiator des Netzwerkes die Städte und Gemeinden im Umkreis seiner Kommune an, beispielsweise mit dem Ziel, eine thematische Konferenz zu aktuellen städtebaulichen Problemen zu veranstalten. Jede teilnehmende Kommune im Umland spricht wiederum ihre Partnerstädte an, um mögliche Interes-

senten für eine Teilnahme zu gewinnen. Der Vorteil hierbei ist ein Potenzierungseffekt, durch den die Kommune mithilfe der umliegenden Kommunen mit einer Vielzahl von anderen inländischen und ausländischen Städten und Gemeinden in Kontakt treten kann. Aber auch schon der Austausch nur mit den umliegenden Städten und Gemeinden über ihre Aktivitäten und Erfahrungen bezüglich ihrer Städtepartnerschaften kann gewinnbringend sein.

Beim globalen Städtenetzwerk werden nicht die umliegenden Städte und Gemeinden zur Mitarbeit angesprochen, sondern die Partner der eigenen Partnerstädte. So kommt schnell eine große Zahl von Partnern aus unterschiedlichen Ländern zusammen. Kommt es hier zu einem Zusammenschluss untereinander (heißt: die Kommunen sind alle untereinander verschwistert), spricht man von einer Ringpartnerschaft.

Es gibt eine sehr breite Auswahl an bestehenden europäischen Netzwerken; die bekanntesten sind der *Rat der Ge-*

meinden und Regionen Europas (RGRE) sowie *Eurocities*, ein Zusammenschluss europäischer Großstädte. Daneben existiert eine große Anzahl von europäischen Netzwerken, die häufig thematisch orientiert sind und sich ganz unterschiedlichen kommunalen Themen zuwenden: von dem *European Network of Cities for Local Integration Policies for Migrants* (CLIP), welches sich mit den besonderen Herausforderungen für die Stadtentwicklung durch das Thema Migration beschäftigt, bis hin zu *Cities for Children*, welches auf die Entwicklung von kinderfreundlichen Städten abzielt und versucht, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Leuten leichter machen, sich für Kinder zu entscheiden.² Den meisten Netzwerken, deren Mitglieder nicht per Satzung eine bestimmte Stadtgröße repräsentieren, können interessierte Kommunen problemlos beitreten – häufig auch probenhalber. Der Vorteil ist, dass in diesen Netzwerken bereits funktionierende Strukturen der Zusammenarbeit bestehen.

Die inhaltliche Ausgestaltung von Städtenetzwerken kann sehr unterschiedlich sein. Die folgenden Beispiele illustrieren, wie Städtenetzwerke mit Leben gefüllt werden und wie internationaler Austausch die Stadtentwicklung mit innovativen Impulsen bereichern kann.

Einen multilateralen Jugendaustausch initiierten die beiden verschwisterten Gemeinden Lindlar (NRW) und Kaštela (Kroatien), als sie im Jahr 2000 über ihre – üblicherweise bilaterale Begegnung hinaus – erstmals Jugendliche aus ihren jeweiligen Partnerstädten zu einem internationalen Jugendcamp einladen; man nutzte also das globale Netzwerk. Nach diesem einmaligen Treffen hat sich inzwischen ein festes Netzwerk etabliert: Das Camp findet seitdem alle zwei Jahre abwechselnd in einer der beteiligten Städte statt, im Jahr 2012 in Lindlar mit Jugendlichen aus neun Nationen. Neben Freizeitaktivitäten steht die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Europäischen Union auf dem Programm.

Einen Expertenaustausch organisierte die Stadt Unna 2008 gemeinsam mit ihren vier Partnerstädten in Form eines Symposiums zum Thema »demografischer Wandel«. Unter dem Motto »Voneinander Lernen« berichteten die Städte von ihren jeweiligen Ausgangslagen und Herausforderungen und stellten Projekte vor. Inhaltlich bereichert wurde die Veranstaltung durch Präsentationen nationaler und internationaler Experten, die Hintergrundwissen zum demografischen Wandel und Lösungsansätze für Kommunen boten.

Im Bereich des Jugendaustauschs kann durch ein Netzwerk das Angebotspektrum qualitativ erweitert werden; durch thematische Konferenzen können Netzwerke positiven Einfluss auf die eigene Stadtentwicklung haben – dies berichteten viele Aktive aus den Städtepartnerschaften. Sie tragen dazu bei, den Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen und Lösungsansätze aus unterschiedlichen Ländern zu demselben Problem zu hören. Nicht jeder muss das Rad

neu erfinden, sondern kann von den positiven Erfahrungen anderer profitieren.

Ein Erfolgsrezept der Austausch ist die persönliche Komponente – dies berichteten Praktiker in den Interviews immer wieder: Man kannte sich, dementsprechend offener kommunizierten die Einzelnen auch ihre Probleme und stellten ihre Lösungsmechanismen zur Diskussion. Dies ist auch ein Erfolgsrezept des Netzwerkes *Eurocities*, in dem die fachbezogene Arbeit vornehmlich von den Städten selbst getragen wird und Positionspapiere von Anfang an im europäischen Austausch entwickelt und abgestimmt werden.³

Zurück zu der Ausgangsfrage, ob das Städtenetzwerk die Rettung für die Partnerschaftsidee sein kann: Das Städtenetzwerk allein ist es nicht, es kann aber ein wichtiger Baustein für zukunftsfähige Städtepartnerschaften sein.

Anmerkungen:

1 Der Artikel basiert auf der Dissertation des Autors zum Thema Städtepartnerschaften (erscheint 2013, Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster). Sie stützt sich auf eine schriftliche Befragung aller Kommunen in NRW und Interviews mit 45 Akteuren aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Medien in acht ausgewählten Kommunen.

2 Weitere Netzwerke siehe www.rgre.de.

3 Wolf, Frieder (2006): Europakompetenz in der Stadtverwaltung: Die Europaarbeit der Stadt Köln, in: von Alemann, Ulrich; Münch, Claudia (Hrsg): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, S. 251–268, hier S. 254



Kai Pfundheller, M.A.
Doktorand an der Graduate
School of Politics,
Institut für Politikwissenschaft
WWU Münster

NACHHALTIGKEIT: EIN NEUER IMPULS FÜR STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

Von Albert Statz

Die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 formulierte Nachhaltige Entwicklung als Leitbild der Politik. Es stellt die Bedürfnisse künftiger Generationen und damit die Vorsorge für die Zukunft in den Mittelpunkt: zum einen die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Planeten, zum anderen die Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens frei von Armut und Krankheit. Auch wenn der Begriff »Nachhaltigkeit« leicht zur Floskel verkommt, so stellt die in Rio verabschiedete Agenda 21 einen ganzheitlichen Ansatz der konkreten Gestaltung von Politik dar, der sich an alle gesellschaftlichen Bereiche und Akteure richtet: Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Lokale Agenden zur Umsetzung der Ziele von Rio aufzustellen, wird ausdrücklich als Aufgabe der Institutionen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene formuliert. Kommunen und Regionen wird damit im globalen Kontext der Politik zum ersten Mal eine entscheidende Bedeutung zuerkannt. Mithilfe ihrer trans-

nationalen Kooperationen können Kommunen den globalen Herausforderungen an die Politik begegnen und die Lebensverhältnisse dort verbessern, wo sie unmittelbar zu spüren und zu gestalten sind. In den vielfältigen Lokale-Agenda-Initiativen entwickelte sich in der Folge von Rio zum ersten Mal eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die die Gesamtheit der lokalen Politik in den Blick nahm und den direkten Einfluss auf die Stadtpolitik suchte.

»Global denken – lokal handeln«: Dies war das Leitmotiv der Agenda-Bewegung. Die Ursachen globaler Probleme liegen vornehmlich in den Kommunen – zum Beispiel finden achtzig Prozent des Ausstoßes von Treibhausgasen in Städten statt. Diese tragen somit eine hohe Verantwortung für die Lösung der Probleme: Welche globalen Folgen haben die Verhältnisse im eigenen Lande? Wie muss sich das Verhalten vor Ort ändern? Gleichzeitig haben Kommunen ein großes Potential der Gestaltung, denn sie sind gleichzeitig »Staat« und »Zivilgesellschaft«. Mit den Agenda-Initiativen wurde die Vorstel-

lung von der »Einen Welt« zum Schlüssel: gemeinsame Interessen und Ziele zu verfolgen – von entwicklungspolitischen Projekten bis hin zum »Fair Trade«. Im Rahmen der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« werden viele dieser Aktivitäten gebündelt.

»Lokal denken – global handeln«: Das Leitmotiv von Rio eröffnet zudem einen Perspektivwechsel auf die Notwendigkeit, auch auf internationaler Ebene gemeinsam zu handeln. Eine Vielzahl von internationalen Netzwerken und globalen Konferenzen widmet sich seitdem einzelnen Themen und bietet Kommunen mit gleichen Problemlagen die Möglichkeit, an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten.

Die Entwicklung von Städtepartnerschaften hat durch den Nachhaltigkeitsdiskurs eine neue Orientierung erhalten, nachdem zunächst Völkerverständigung und interkultureller Dialog im Vordergrund standen. Projektzusammenarbeit spielt gegenüber persönlichen Begegnungen eine wachsende Rolle und fachliche Themen, die vornehmlich von den

Verwaltungen bearbeitet werden, haben an Bedeutung gewonnen. Der Impuls zur internationalen Zusammenarbeit kommt nicht mehr nur aus der Kommune selbst, sondern wird häufig durch politische Programme und Fördermöglichkeiten, insbesondere seitens der EU, angeregt. Über bilaterale Partnerschaften hinaus bilden sich zunehmend multilaterale Beziehungen: Dreiecks- und Ringpartnerschaften, Partnerschaftskonferenzen, Zusammenarbeit mehrerer Partner in EU-Projekten.

Eine allgemeine »Krise der Städte« verschärft die Notwendigkeit für zukunftsorientiertes Handeln. Siedlungen sind eine Hauptquelle für Umweltprobleme und soziale Konflikte konzentrieren sich dort. Urbanisierung und Flächenverbrauch, demografischer Wandel und Migration, gesellschaftliche Spaltung und ungleiche Lebenschancen machen eine umfassende und strategische Politik auf lokaler Ebene notwendig. Lokale-Agenda-Initiativen haben zwar den Weg bereitet für eine nachhaltige Politik in den Kommunen, waren aber als Zivilgesellschaft

oft überfordert oder stießen auf wenig Resonanz bei Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen. Diese greifen in den letzten Jahren die Agenda-Themen auf.

»Nachhaltige Stadtentwicklung« als Querschnittsaufgabe wurde zum Schlüsselkonzept für zukunftsfähige Kommunalpolitik, das sich in einer Vielzahl von lokalen Erklärungen, staatlichen und EU-Programmen niederschlug. Die drei »Dimensionen« der Nachhaltigkeit für eine ökologisch zukunftsfähige, sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Stadt werden dabei als Einheit betrachtet und integrierte Problemlösungen, zum Beispiel für eine nachhaltige Verkehrspolitik, im Rahmen eines »Nachhaltigkeitsmanagements« gesucht. Die Kommunalen Spitzenverbände und insbesondere der *Rat der Gemeinden und Regionen Europas* (RGRE) haben sich des Themas angenommen. Nicht-Regierungsorganisationen, der *Rat für Nachhaltige Entwicklung* (RNE) mit seinem Bürgermeister-Dialog und internationale Netzwerke wie ICLEI – *Local Governments for Sustain-*

ability und der von der EU initiierte Bürgermeisterkonvent zu Fragen der Energie- und Klimapolitik (*Covenant of Mayors*) unterstützen diesen Prozess.

Nachhaltigkeit wird auch in Städte-partnerschaftsaktivitäten zum Thema gemacht: Köln hat, ausgehend von der engen Kooperation mit Rotterdam, in seiner Ringpartnerschaft mit Kommunen aus den sechs Gründungsländern der EWG eine gemeinsame »Charta für Nachhaltigkeit« verabschiedet, die den bisherigen Aktivitäten einen neuen Rahmen geben und sie um nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz erweitern soll – eine politische Innovation, um einzelne Aktivitäten, die bislang nicht unter dem Vorzeichen »Nachhaltigkeit« laufen, in den übergreifenden Zusammenhang der Verbindung der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales zu stellen.

Im Bereich Klima/Energie sind die Erfahrungen mit Nachhaltigkeitskonzepten, nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Netzwerke, besonders vielfältig. Ein

prominentes Beispiel ist die »Solarstadt Freiburg«: Ausgehend von der Arbeit des *Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme* und vom Ausbau der erneuerbaren Energien bei der Stadtentwicklung entstand in der Städtepartnerschaft mit Padua ein intensiver Austausch, der zu einer engen Kooperation zwischen den Handelskammern und einem Joint Venture von Firmen aus beiden Städten führte. Parallel dazu wurde in Freiburg damit begonnen, zwischen den Partnerstädten ein Netzwerk für den Bereich der Erneuerbaren Energien zu schaffen.

Umweltprobleme spielen in vielen Städtepartnerschaften eine große Rolle. Der Austausch über Abfallvermeidung, der Gewässerschutz und die Bekämpfung von Lärm und Luftverschmutzung sind seit langem Themen, ebenso inzwischen die Bedeutung der Natur und ihres Schutzes in der Stadt. Da die Probleme in allen Städten ähnlich liegen, nützen der Transfer von Know-how und die praktische Kooperation allen Beteiligten. Manchmal mündet die technische Ko-

operation in gemeinsame Maßnahmen der Umweltaufklärung, zum Beispiel in die Errichtung eines Umweltbildungszentrums.

Migration ist sozialpolitisch ein zentrales Thema der bi- und multilateralen Kooperation, da sich die Fragen von Integration, Ausgrenzung und Diskriminierung in vielen Ländern gleichen und Migrantinnen und Migranten eine wichtige Brücke zwischen den Ländern und Kulturen bilden können. Jugendprojekte und Schulpartnerschaften, die zumeist mit Begegnungen in der Freizeit oder beim Sport beginnen und den Abbau von Vorurteilen zum Ziel haben, beschäftigen sich zunehmend mit Fragen der antirassistischen Arbeit. Themen wie Entwicklung der Innenstädte, Gentrifizierung und ethnische Segregation bietet der Ansatz einer nachhaltigen Stadtentwicklung eine gemeinsame Grundlage für den Austausch und die konkrete Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Handlungsfeld von Städtepartnerschaften ist in der EU wegen des Binnenmark-



*Im Rahmen der interkommunalen Klimaschutzkonferenz in Greifswald pflanzten 55 junge Klimabotschafter mit der Initiative Plant for the Planet im Oktober 2010 Bäume.
© Michael Haufe*

tes nur von begrenzter Bedeutung. Die EU-Strukturpolitik mit ihrem Bezug zu den konkreten Bedingungen vor Ort bietet sich jedoch ebenso als Feld des Erfahrungsaustauschs und der Entwicklung von gemeinsamen Konzepten an wie der Austausch über Konzepte der »green economy« für die Kommunen. So wurden bei der industriellen Restrukturierung an alten Bergbaustandorten zum Beispiel im Rahmen eines INTERREG-Programms gemeinsame Lösungsmöglichkeiten im Umgang mit den Brachflächen erarbeitet. Wirtschaftliche Schwerpunkte von Städten wie Messen, Häfen oder ein spezifisches Branchen- oder Forschungsprofil können ebenfalls ein Ansatzpunkt sein. Zentraler Akteur auf kommunaler Ebene sind hier die Industrie- und Handelskammern.

Der Nutzen der Städtepartnerschaftsarbeit liegt vor allem in dem innovativen Potential von Austausch und Kooperation. Über die positiven Wirkungen von persönlichen Begegnungen hinaus eröffnen fachliche Kontakte neue Horizonte, und ein Personalaustausch bietet

die Möglichkeit der – vor allem auch interkulturellen – Qualifikation. »Nachhaltige Stadtentwicklung« ist dabei nicht nur ein Thema der Stadtverwaltungen. Die internationale Diskussion über Gentrifizierung zeigt, dass es hier ein breites zivilgesellschaftliches Engagement mit einem hohen Potential gibt, das in die Städtepartnerschaftsarbeit einbezogen werden kann. Nicht nur bei praktisch-technischen Maßnahmen, sondern auch in Hinblick auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Mentalitäten voneinander zu lernen, wie man den Strukturwandel nach ökologischen und sozialen Kriterien gestalten kann, ist die große Chance der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Städten.

Eine neue politische Verantwortung haben Städtepartnerschaften durch das Scheitern der globalen Konferenzen in Kopenhagen 2009 und Rio 2012 gewonnen. Nicht dass die transnationale Zusammenarbeit der Kommunen das (Nicht-) Handeln der Regierungen ersetzen könnte; *der Wissenschaftliche Beirat*

der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen sieht aber in Vorreiterallianzen die einzige Möglichkeit, die politische Stagnation zu überwinden – und in den Städten einen zentralen Akteur.

Quellen:

Albert Statz/Charlotte Wohlfarth: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 2010, www.kommunale.info/staedtepartnerschaften

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: www.service-eine-welt.de

Europäischer Konvent der Bürgermeister: www.eumayors.eu

ICLEI – Local Governments for Sustainability: www.iclei.org

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE): www.nachhaltigkeitsrat.de

UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung: www.bne-portal.de



Dr. Albert Statz
Regierungsdirektor a.D.,
Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirates Brandenburg
und des Forums Berlin-Istanbul

FÖRDERMODALITÄTEN FÜR BÜRGERBEGEGNUNGEN UND VERNETZUNG

Von Katharina Weinert

Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« der Europäischen Union fördert Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und die Vernetzung von Partnerstädten (Aktion 1, Maßnahme 1). Damit verbunden ist das Ziel, die europäischen Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Auseinandersetzung mit der EU und den aktuellen politischen Herausforderungen in Europa anzuregen. Städtepartnerschaften fördern durch Austauschaktivitäten in Bereichen wie Jugend, Sport und Kultur nicht nur das friedliche Zusammenleben zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Sprachen und Religionen, sondern ermöglichen auch den thematischen Austausch zwischen Verwaltungen, Politiker/innen und Bürger/innen unterschiedlicher Länder. »Bürgerbegegnungen« (Maßnahme 1.1) können von Städten und Gemeinden, Partnerschaftsvereinen sowie weiteren gemeinnützigen Organisationen, die lokale Behörden vertreten, durchgeführt werden. Für die »Vernetzung von Partnerstädten« (Maßnahme

1.2) können darüber hinaus auch Landkreise und weitere lokale Behörden einen Antrag stellen. In beiden Fällen müssen die Einrichtungen ihren Sitz in einem der teilnahmeberechtigten Länder haben, zu denen die 27 Mitgliedstaaten gehören sowie nach Assoziierungsabkommen Albanien, Kroatien, Mazedonien und – seit Juli 2012 – Bosnien-Herzegowina. Weitere Westbalkanländer, die EWR-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Türkei können sich assoziieren; bisher haben aber nur Montenegro und Serbien ihr Interesse für die Teilnahme am Programm bekundet, die Verhandlungen laufen noch.

»Bürgerbegegnungen« (Maßnahme 1.1) sind Treffen zwischen Menschen aus mindestens zwei Partnerstädten, bei denen mindestens 25 Bürger/innen die Partnerstadt besuchen. Während einer Bürgerbegegnung werden Europafeste und Jubiläumsfeiern sowie Debatten, Workshops oder andere Aktivitäten zu europäischen Themen durchgeführt. Der Zuschuss wird anhand von Pauschalsät-

zen berechnet und richtet sich nach der Anzahl der reisenden Teilnehmer/innen und der Dauer der Begegnung. Der Mindestzuschuss für eine Bürgerbegegnung beträgt 5.000 Euro, maximal wird eine Förderung von 25.000 Euro gewährt.

Die »Vernetzung von Partnerstädten« (Maßnahme 1.2) hat das Ziel, eine langfristige Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aufzubauen, wofür mindestens vier Partner aus unterschiedlichen, teilnahmeberechtigten Ländern kooperieren. Mindestens zwei dieser Kommunen müssen durch eine bestehende oder angebahnte Städtepartnerschaft verbunden sein. In einem Vernetzungsprojekt müssen mindestens drei Veranstaltungen wie Konferenzen und Workshops durchgeführt werden, an denen insgesamt mindestens 30 internationale Teilnehmer/innen beteiligt sein müssen. Der maximale Förderzeitraum beträgt 24 Monate. Der Zuschuss Förderung kann zwischen 10.000 und 150.000 Euro betragen und wird auf der Grundlage fester Pauschalsätze für Veranstal-



Unterzeichnung der Freundschaftsurkunde zwischen der Samtgemeinde Wesendorf und dem Europaclub der Senvages Oberschule in Vilnius im Jahr 2011 © Christiane Dittmann-Martin

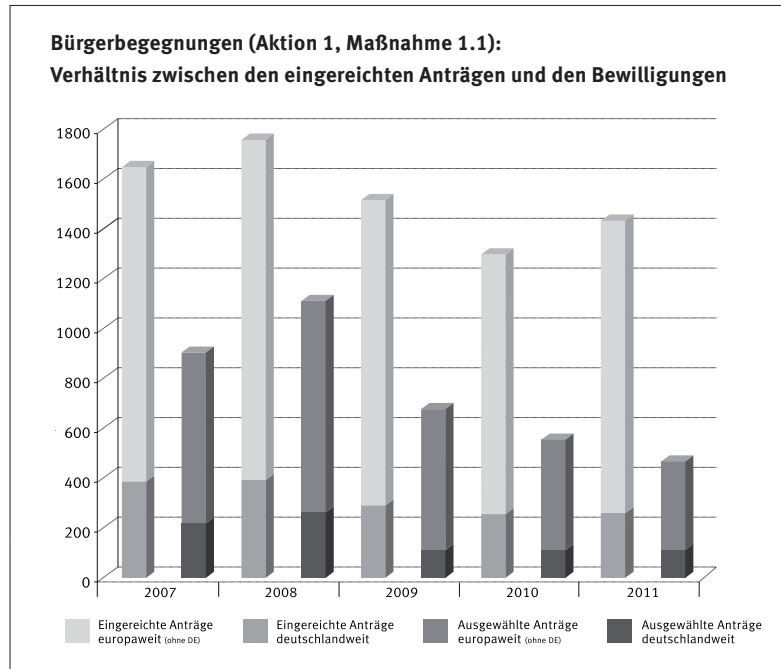
tungs-, Koordinations- und Kommunikationskosten berechnet.

Dreimal jährlich können bei der Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) in Brüssel Anträge für Bürgerbegegnungen eingereicht werden (zum 1. Februar, 1. Juni und 1. September). Eine Begegnung, die den Zuschuss erhält, kann vier bis neun Monate nach der Einreichfrist durchgeführt werden. Für die Vernetzungsprojekte kann zweimal jährlich ein Antrag eingereicht werden, nämlich zum 1. Februar (für Projekte, die zwischen dem 1. Juni und dem 30. Dezember des Antragsjahres beginnen) und zum 1. September (für Projekte, die zwischen dem 1. Januar und dem 30. Mai des Folgejahres beginnen).

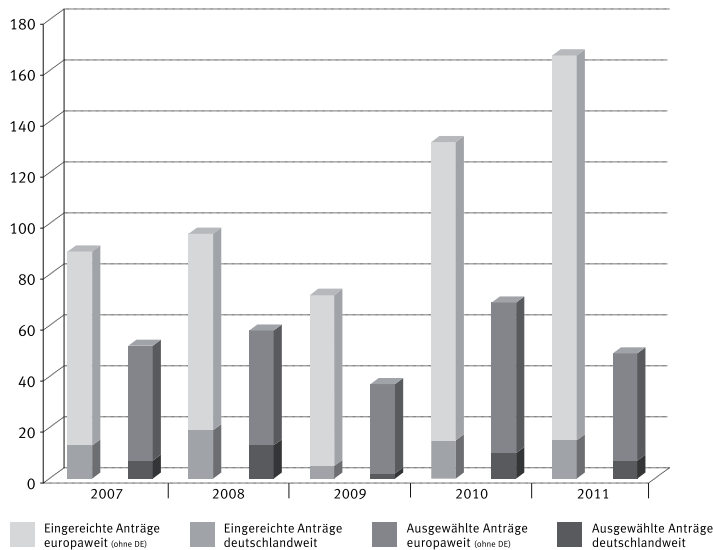
Das wichtigste Förderkriterium für die EU ist, dass die Projekte den Zielen des Programms dienen und sich mit europäischen Themen befassen. Der Programmleitfaden (mit Korrigendum) und die Internetseite der KS EfBB informieren über die Teilnahmebedingungen und Kriterien.

Bei einem Vergleich der Auswahl-ergebnisse der Jahre 2007 bis 2011 wird deutlich, dass die Förderquote sowohl bei den Bürgerbegegnungen als auch bei den Vernetzungsprojekten beständig sinkt. In den Jahren 2007 und 2008 waren noch deutlich mehr als die Hälfte der eingereichten Bürgerbegegnungen für eine Förderung ausgewählt worden, 2011 sank die Förderquote auf rund ein Drittel der eingereichten Projektvorschläge. Dies ist unter anderem eine Konsequenz aus höheren Zuschüssen pro Projekt bei gleichbleibendem Budget. Für beide Maßnahmen ist nach 2008 ein deutlicher Einbruch der Anzahl der eingereichten Anträge auszumachen, was sicherlich im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu sehen ist.

Die Diagramme zeigen die Anzahl der eingereichten und bewilligten Anträge europaweit und aus Deutschland für Bürgerbegegnungen und Vernetzungsprojekte.



**Vernetzungsprojekte (Aktion 1, Maßnahme 1.2):
Verhältnis zwischen den eingereichten Anträgen und den Bewilligungen**



Katharina Weinert
Mitarbeiterin der Kontaktstelle
Deutschland »Europa für
Bürgerinnen und Bürger«
bei der Kulturpolitischen
Gesellschaft e.V.

Bürgerbegegnungen und Vernetzungsprojekte im Rahmen kommunaler Partnerschaften

Europa auf die Fahnen schreiben

Saarwellingen mit Bourbon-Lancy (FR) und Stochov (CZ)

Die Gemeinde Saarwellingen nahm das 20-jährige Jubiläum ihrer Partnerschaft mit Bourbon-Lancy zum Anlass, im Mai 2010 eine dreitägige Bürgerbegegnung auszurichten. Neben den 109 Gästen aus der französischen Stadt nahmen sieben Delegierte aus der tschechischen Partnerstadt Stochov teil, um eine Verbindung auch zwischen diesen beiden Orten anzuregen. Die Europäische Union unterstützte die trilaterale Begegnung mit 8.900 Euro.

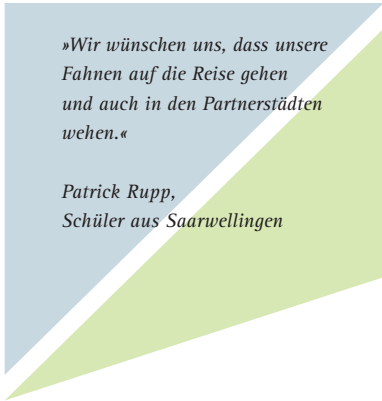
Die künstlerische und kreative Auseinandersetzung mit Europa spielte im Vorfeld und während der Begegnung eine große Rolle. Im Europäischen Jahr der Kreativität 2009 erstellten 300 Schüle-



*Eine der 200 Fahnen, die die Saarwellingener Schülerinnen und Schüler erstellten
© Roland Schmitt und Dorothee Augustin*

rinnen und Schüler der Erweiterten Realschule Saarwellingen mit dem ortsansässigen Künstler Roland Schmitt und ihrer Lehrerin 200 Fahnen zum Thema »Europa«. Dabei setzten sie sich mit europäischen Themen auseinander, um geeignete Motive für die Fahnen finden und kreativ gestalten zu können. Ihre Entwürfe wurden mit einer Pressekonferenz und einer Ausstellung der Öffentlichkeit bereits im Januar 2010 vorgestellt. Während der Begegnung im Mai wehten die Fahnen an Häusern und Masten in ganz Saarwellingen. Die französischen Gäste nahmen nach der Begegnung die Fahnen mit und hissten sie in Bourbon-Lancy.

Der Kulturförderverein veranstaltete rund um das Rathaus Saarwellingens einen zweitägigen Künstlermarkt »Petit Montmarte«. Bei der Eröffnung wurde die Skulptur »Europa« des saarländischen Künstlers Richard Hoffmann im Foyer



»Wir wünschen uns, dass unsere Fahnen auf die Reise gehen und auch in den Partnerstädten wehen.«

*Patrick Rupp,
Schüler aus Saarwellingen*

des Rathauses präsentiert. Mit einem Sprayerworkshop im Rathaushof wurden gezielt Jugendliche angesprochen. An dem Künstlermarkt waren zwar keine französischen Künstler der Partnerstadt beteiligt, allerdings nahmen Künstler aus dem nahegelegenen französischen Grenzgebiet teil.

Mit zahlreichen Aktivitäten brachten sich die Vereine Saarwellingens in die Vorbereitung und Gestaltung der Begegnung ein: Der örtliche Männergesangs- und der Partnerschaftsverein hatten ein deutsch-französisches Liederbuch erstellt, das sie am ersten Tag

gemeinsam mit den Gästen nutzten. Der Fotoclub Saarwellingens stellte 25 großformatige Fotografien aus Saarwellingen und Stochov für eine Ausstellung zusammen, um die beiden Partner in Bourbon-Lancy vorzustellen. Am letzten Tag der Begegnung gaben die Musikvereine von Saarwellingen und Bourbon-Lancy ein Platzkonzert vor 400 Zuhörerinnen und Zuhörern.

In Arbeitsgruppen setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Themen »Touristische Infrastruktur«, »Kulturelle Vielfalt – Kultureller Austausch«, »Bündnis für Familie«, »Sport in Saarwellingen« und »Trinationaler Ju-

gendaustausch« auseinander. Sie erarbeiteten Ideen für künftige gemeinsame Projekte in der trilateralen Partnerschaft, die durch die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages zwischen Stochov und Bourbon-Lancy im Laufe des Jahres 2010 besiegelt wurde. Die Jubiläumsbegegnung im Mai 2010 zog weitere Treffen noch im selben Jahr nach sich: eine trinationale Jugendbegegnung im Juli und ein Treffen im Rahmen des Erntedankfestes im September, bei dem weitere Vereine einbezogen werden konnten.

Durch das Fahnenprojekt, dies stellte die Gemeinde Saarwellingen im Nachhinein fest, fand eine große Gruppe von Jugendlichen Interesse an der Partnerschaft. Sie initiierten einen regelmäßigen Jugendstammtisch, über den sie ihre Belange in die Partnerschaftsarbeit

einfließen lassen können. Außerdem wurden regelmäßige Praktikumsaufenthalte in den Verwaltungen der Städte angeregt.



Antragsteller:

**Gemeinde Saarwellingen
Amt für Schule, Kultur
und Städtepartnerschaften
Schlossplatz 1
66793 Saarwellingen
www.saarwellingen.de**

Adenau mit Sillery (FR), Mellieħa (MT), Castione della Presolana (IT) und Bons-en-Chablais (FR)

Die Stadt Adenau hatte im August 2010 gleich zwei Anlässe zu feiern: Ihr 25-jähriges Partnerschaftsjubiläum mit der französischen Gemeinde Sillery verband sie mit dem alljährlichen Stadt- und Heimatfest unter dem Motto »25 Jahre Heimat in Europa«. Für ihre langjährige Partnerschaftsarbeit erhielt Adenau 2005 die »Ehrenfahne des Europarates«.

Zu ihrer Jubiläumsveranstaltung mit Sillery lud die im Kreis Ahrweiler gelegene 3.000-Einwohner-Stadt auch ihre weiteren Partnergemeinden Mellieħa von der Insel Malta und das italienische Castione della Presolana ein. Die Italiener brachten ein paar Gäste aus ihrer franzö-

sischen Partnerstadt Bons-en-Chablais mit. Der Ursprung der Partnerschaft zwischen der Johanniterstadt Adenau und der maltesischen Gemeinde ist auf die gemeinsame Geschichte des Johanniter- und Malteserordens zurückzuführen. Die Begegnung mit ca. 90 Gästen aus Frankreich, Malta und Italien wurde von der EU mit rund 8.880 Euro gefördert.

In dem Workshop »Zukünftige Jugendarbeit in Europa im Kontext gemeinsamer Geschichte und Kultur« diskutierten die Adenauer mit ihren Gästen, wie die Partnerschaftsbeziehungen weiterentwickelt und langfristig gestärkt werden können. Dabei wurden die Jugendlichen aktiv einbezogen und sie formulierten ihre Interessen. In Kleingruppen zu den Bereichen Kultur, Schule und Sport planten die Teilnehmer/innen anschließend die praktische Umsetzung im Hinblick auf verfügbare Ressourcen und suchten nach bewährten Modellen. So wurde beispielsweise vorgeschlagen,

»Freundschaft ist ein zartes Band, das immer wieder der Erneuerung und der Pflege Bedarf. Dabei ist es wichtig, dass unser Anliegen, nämlich letztendlich durch persönliche Kontakte und Freundschaften auf kommunaler Ebene, den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern, auch auf die nächsten Generationen übertragen wird.«

*Arnold Josef Hoffmann,
Bürgermeister der Stadt Adenau*

»Die hohe Politik alleine kann das nicht.«

*Doris Pack, Mitglied des
Europäischen Parlaments*

Berufspraktika in der Partnergemeinde Sillery anzubieten – ein Angebot, das seitdem von insgesamt 15 Schülerinnen und Schülern genutzt wurde.

Die Idee, dass 15 Künstlerinnen und Künstler aus Adenau und Sillery gemeinsam eine Collage aus 25 Bildern als Symbol für 25 Jahre Partnerschaft gestalten, überzeugte auch Sponsoren. Das Ergebnis dieser künstlerischen Zusammenarbeit wurde am Jubiläumswochenende in Form einer Ausstellung gezeigt und zudem als Kunstedition auf dem Etikett von 800 Flaschen eines Rotweines aus der Ahrregion veröffentlicht. Die Gemeinschaftsausstellung zweier Künstlerinnen aus Adenau und Sillery mit dem Titel »Kommunale Partnerschaft als Quelle kultureller Integration in Europa« wurde im Rahmen der Begegnung feierlich eröffnet.



Präsentation des Ahrweines mit gemeinsam gestaltetem Etikett © Helmut Koch

Rund 300 Menschen, neben den

Aktiven aus allen Partnergemeinden auch viele Interessierte aus Adenau und Umgebung, nahmen an dem Festakt zum 25-jährigen Jubiläum der Partnerschaftsbeziehungen zwischen Adenau und Sillery teil. Nach der Festrede des Bürgermeisters von Adenau zur »Entwicklung der europäischen Identität im Rahmen langjähriger kommunaler Partnerschaften« musizierten und tanzten Gruppen aus allen beteiligten Gemeinden unter dem Programmtitel »Musica Europa«. Das Programm offenbarte einerseits die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, betonte aber auch die Verbundenheit mit der europäischen Idee, als abschließend die »europäische Hymne« gemeinsam von allen Musikerinnen und Musikern gespielt wurde.

Das örtliche Heimatfest wurde durch

Verkaufsstände mit Produkten aus Mellieħa und Sillery bereichert und zog viele Besucher aus Adenau und der Region an. Ein Staffellauf mit multinationalen Mannschaften und Präsentationen von Künstlerinnen und Künstlern der beteiligten Gemeinden auf dem Marktplatz machten die Städtepartnerschaft sichtbar und erlebbar.



Antragsteller:

Stadt Adenau

Kirchstr. 21

53518 Adenau

www.stadt-adenau.de



Künstler aus Malta auf dem Heimatfest in Adenau © Ela Fenech, Mellieħa (Malta)

Gemeinsam feiern und Verwaltungsfragen

Herbolzheim mit Sisteron (FR), Kremnica (SK), Morawica (PL), Brilon (DE) und Neudenu (DE)

In der Stadt Herbolzheim im Breisgau fielen im Jahr 2010 gleich zwei gewichtige Jubiläen zusammen: der 200. Jahrestag der Verleihung des Stadtrechtes und das 35-jährige Bestehen der Partnerschaft zur französischen Stadt Sisteron.

Aus diesem Anlass wurde der Besuch von insgesamt etwa 150 Gästen aus den Partnerstädten Kremnica in der Slowakei, dem polnischen Morawica und natürlich Sisteron in ein dreitägiges Stadtfest eingebettet, an dem zusätzlich 120 Gäste aus den befreundeten deutschen Städten Brilon im Sauerland und

Neudenu (das einen Ortsteil namens Herbolzheim hat) teilnahmen. In Herbolzheim (ca. 10.000 Einwohner) fanden sich genügend Familien für eine Unterbringung aller Gäste aus Frankreich, der Slowakei und Polen bereit. Mit rund 10.000 Euro unterstützte die Europäische Union die Begegnung.

Zur Eröffnung des Festaktes zum 35. Jahrestag der Städtepartnerschaft zwischen Herbolzheim und Sisteron spielten die Musikvereine aus Sisteron, Kremnica und Herbolzheim gemeinsam die Europahymne »Ode an die Freude«. Auch andere Kulturvereine, wie die französische Trachtengruppe »Quadrille Sisteronnaise« und eine Tanzgruppe aus Morawica, trugen während des Wochenendes zum europäischen Flair der Feierlichkeiten bei. Die EP-Abgeordnete Franziska Brantner würdigte in einer Festansprache das Engagement für die Städtepartnerschaften, indem sie darauf



Tanzauftritt und Musikkapelle »Fanfare du Boumas« aus Sisteron, Frankreich
© Stadt Herbolzheim

hinwies, dass diese Aufgeschlossenheit der Bürger den Gedanken Europas erst mit Leben fülle.

Die Partnerstädte nutzten die Begegnung dazu, sich über die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen und -abläufe in ihren Städten auszutauschen. Die Europabeauftragte des Landkreises Emmendingen referierte über den Lissaboner Vertrag mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung der Städte.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten Vertreterinnen und Vertreter der Partnerstädte anhand von Beispielen vor, welche Verfahrensschritte bei der Einrichtung eines Kindergartens bzw. einer Schule und der Ausweisung eines Baugebietes nötig sind, und verwiesen auf mögliche EU-Förderungen für

»Wir können und wollen das Gelingen des Traums Europa nicht nur den Politikern und den Wirtschaftsführern überlassen«, sagte Hans-Peter Baumann, Vorsitzender des Vereins für Städtepartnerschaften. »Wir hier an der Basis wollen unseren eigenen Beitrag dazu leisten: Nur so kann das Europa der Bürger gelingen.«

*Badische Zeitung,
6.7.2010*

kommunale Maßnahmen. Dabei wurden Unterschiede bei der Realisierung von Maßnahmen im kommunalen Bereich aufgezeigt und Felder herausgearbeitet, in denen ein weiterer Austausch hilfreich wäre. Im Bereich der Müllentsorgung zum Beispiel stießen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen weiterführenden Wissenstransfer an.

Da die Begegnung in das groß angelegte Stadtfest eingebettet war, das ca. 3.000 Besucher anzog, fand sie ein großes Medienecho, auch in überregionalen Zeitungen.



Antragsteller:
Stadt Herbolzheim
Hauptstraße 26
79336 Herbolzheim
www.herbolzheim.de

Medien und Demokratie – Jugendcamp in Hude

Hude mit Arnage (FR), Castel-sarrasin (FR), Fiume Veneto (IT), Nowe Miasto Lubawskie (PL), Sinitz (AT) und Šalčininkai (LT)

Gesellschaftliche Prozesse werden stark durch Medien beeinflusst, weshalb eine demokratische Gesellschaft auf einen kompetenten Umgang mit und den freien Zugang zu Medien angewiesen ist. Um Denkanstöße zu diesem komplexen Thema anzuregen und die Rolle der Medien für das Zusammenwachsen Europas zu reflektieren, organisierte die Gemeinde Hude in Zusammenarbeit mit sechs europäischen Kommunen ein Camp für Jugendliche zu dem Thema »Die Bedeutung der Medien für die Demokratie«.



Bei Ausflügen lernten die Jugendlichen mehrere Medienanstalten der Region kennen.

© Kulturhof Hude

Aus Arnage und Castelsarrasin in

Frankreich, Fiume Veneto in Italien, Nowe Miasto Lubawskie in Polen, dem österreichischen Sinitz und dem litauischen Šalčininkai reisten insgesamt 105 Jugendliche mit Betreuer/innen und Dolmetscher/innen für eine Woche im Juli 2010 an. Aus Hude nahmen zusätzlich 20 Jugendliche und neun Betreuer an der Begegnung teil, die von der Europäischen Union mit 23.000 Euro bezuschusst wurde. Mit der Unterstützung des *Technischen Hilfswerks* und weiterer freiwilliger Helfer richtete die Gemeinde eine Zeltstadt ein. Alle zwei Jahre werden in einer der sieben Gemeinden solche multinationalen Treffen organisiert, die sich einem europäischen Thema widmen.

Sechs Tage lang informierten sich

die Jugendlichen in Workshops und Exkursionen über die Medienangebote von Zeitungen, Fernsehen, Rundfunk und In-

ternet und diskutierten in diesem Zuge auch die Bedeutung der Medien für demokratische Prozesse. Einen Einblick in die praktische Arbeit der Medieninstitutionen erhielten sie beim Besuch des Druckhauses der *Nordwest-Zeitung* (NWZ) und des Offenen Kanals *oeins* in Oldenburg sowie im Funkhaus des NDR in Hannover. Auch durch Vorträge externer Referenten verschiedener Praxisbereiche, wie eines Redakteurs der NWZ und eines Vertreters des regionalen Kommunikationsanbieters EWE-Tel, wurde die journalistische Arbeit anschaulich gemacht. Den Jugendlichen bot sich dabei die Möglichkeit, eigene Fragestellungen zu entwickeln und mit Medienfachleuten zu diskutieren. Als Grundlage

der Auseinandersetzung dienten Informationen über die Mediennutzung in den jeweiligen Ländern, die die Jugendlichen im Vorfeld ausgearbeitet hatten.

Die Teilnehmenden erstellten in

Gruppen eigene Medienproduktionen, in denen die Aktivitäten im Rahmen des Jugendcamps dokumentiert wurden: eine Zeitungsseite, die in der NWZ abgedruckt wurde, einen Trickfilm, eine DVD und eine Broschüre. Auch die besuchten Medienanstalten und andere Zeitungen berichteten über die Begegnung. Beim NDR und im Offenen Kanal *oeins* wurden einige der Teilnehmenden interviewt. Die erstellte Broschüre und die DVD wurden zudem an der örtlichen Oberschule verteilt. Durch die Schirmherrschaft der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Danuta Jazłowiecka und des Bundestagsabgeordneten Holger Ortel erlangte die Begegnung zusätzliche Aufmerksamkeit.



In Workshops diskutierten die Jugendlichen über die Rolle der Medien für das Zusammenwachsen Europas.
© Kulturhof Hude

Die Ausstellung »Wir in Europa – das Europa für Bürgerinnen und Bürger«, die im Huder Rathaus gezeigt wurde, bot den Gästen und Gastgeber/innen die Gelegenheit sich über die EU zu informieren und das eigene Europawissen zu testen. Beim Spiel »Stadt, Land, Fluss« ging es vor allem um geographische Kenntnisse von Europa. EU-Institutionen und europäische Förderprogramme wurden in der Ausstellung ebenso thematisiert wie Wissenswertes über die Mitgliedstaaten, etwa die Bedeutung der Flaggen und die Entstehung der Nationalhymnen. Die europäische Dimension wurde auch in den Workshops aufgegriffen, indem die Bedeutung der Medienfreiheit für demokratische Prozesse auf europäischer Ebene erörtert wurde. Die Jugendlichen sollten dafür sensibilisiert werden, dass Demokratie nur gelingen kann, wenn alle einen freien Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen besitzen und diese reflektiert nutzen können.

Durch die Übernachtung in der Zelt-stadt, einem Sportturnier und einer großen Abschiedsfeier hatten die Jugendlichen außerdem reichlich Gelegenheit, die Lebenswelten und Ansichten junger Menschen aus anderen EU-Ländern kennenzulernen und internationale Freundschaften zu schließen. Gemeinsame Unternehmungen, wie nach Bremen in das Science Center *Universum* und eine Rallye in der Gemeinde, stärkten das Gemeinschaftsgefühl.



Antragsteller:

**Gemeinde Hude
Leistungs- und
Ordnungsverwaltung
Parkstraße 53
27798 Hude
www.hude.de**

Kaltenwestheim mit Saint-Solve (FR) und Hejce (HU)

Unter dem Motto »Unser Weg zur Europäischen Gemeinschaft« trafen sich im Juli 2010 Bürgerinnen und Bürger der thüringischen Gemeinden Kaltenwestheim und Mittelsdorf mit 67 Gästen aus ihren französischen Partnergemeinden Saint-Solve, Vignols und Lascaux sowie Freunden aus acht weiteren französischen Gemeinden. Als Antragssteller fungierte die Gemeinde Kaltenwestheim mit ihrem Partner Saint-Solve und der ungarischen Gemeinde Hejce, aus der drei Gäste hinzukamen, um den Grundstein für eine neue Partnerschaft mit der kleinen Gemeinde Kaltenwestheim und ihren weniger als 1.000 Einwohnern zu legen.



Wandern zur Erlebniswelt Rhönwald © Brita Wolfram

Die Kaltenwestheimer boten ihren

Gästen Einblicke in die Organisation ihres Gemeinwesens, indem sie unter den Stichworten »Frauen«, »Senioren«, »Kinder« und »Politik« Diskussionen mit der Frauenbeauftragten, Vertreterinnen und Vertretern des Seniorenclubs, der Kindertagesstätte und des Gemeinderates organisierten. Am Nachmittag besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weitere Einrichtungen am Ort wie die Grundschule, die Kirche, einen Dorfladen und einen Kleingewerbebetrieb und tauschten sich über die Unterschiede in den beteiligten Ländern aus. Gemeinsam wurde ein Symbol für die langjährige und ständig wachsende Verbundenheit zwischen Kaltenwestheim und Saint-Solve besichtigt – ein Maronenbaum, der als Geschenk der Franzosen im Jahr 2004 gemeinsam gepflanzt worden war.

An dem europäischen Partner-

schaftsabend waren engagierte Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen beteiligt: Der Jugendclub und die Seniorengruppe, der deutsch-französische Chor, der Karnevalsverein, Schulgruppen und Gewerbetreibende brachten sich in ein vielfältiges Tanz- und Musikprogramm ein.

Eingebettet in diesen feierlichen

Abend, zu dem die benachbarten Gemeinden Kaltenwestheims ebenfalls eingeladen waren, war eine Diskussion zum Thema »Was tun wir zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft?« mit Politikerinnen und Politikern von der lokalen bis zur europäischen Ebene, darunter die Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke und der EP-Abgeordnete Dr. Dieter-Lebrecht Koch. Städtepartnerschaften, so ein Statement dieses Abends, stellen einen persönlichen Bezug der Bürgerinnen und Bürger zu Europa her und tragen so zu mehr Akzeptanz der EU in der Bevölkerung bei.

Eine Wanderung durch das *Biosphä-*

renreservat Rhön der UNESCO bereitete die Diskussion über »Umweltpolitische Perspektiven für unser gemeinsames Europa« mit einem Mitarbeiter des Reservats vor. Dieser Tag wurde zudem für Picknick, gemeinsamen Sport und Spiele in der Natur genutzt.

In einem offenen Gesprächskreis

berichtete eine junge Thüringerin von ihren Erfahrungen während eines elfmonatigen Auslandspraktikums in der französischen Partnerstadt. Der Praktikumsaustausch als neue Form der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit weckte bei den Jugendlichen Neugier und Interesse an einem beruflichen Weg in andere europäische Länder.



*Teilnehmer der Bürgerbegegnung unterwegs auf dem Rhöner Kinder-Sagen-Weg
© Brita Wolfram*

Den Abschluss der Begegnung bildete eine Diskussion in der Gemeinde Kaltensundheim, Sitz der Verwaltungsgemeinschaft *Hohe Rhön*, über die Frage nach der erfolgreichen Integration von sozial Benachteiligten im ländlichen Raum. Mit Mitarbeitern der *Agentur für Arbeit* tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit diesem Thema in den beteiligten Ländern aus und entwickelten Lösungsansätze.

Die Partnerschaftskomitees der umliegenden Gemeinden Kaltensundheims konnten an allen Veranstaltungen der Begegnung teilnehmen und sich von dem kulturellen und politischen Programm inspirieren lassen. Die Begegnung wurde

von der Jugend als so bereichernd erfahren, dass sich seitdem auch Vertreterinnen und Vertreter des Jugendclubs beim örtlichen deutsch-französischen Partnerschaftsverein einbringen und im Vorstand des Vereins vertreten sind.



Antragsteller:

Gemeinde Kaltensundheim

Am Schlagtor

98634 Kaltensundheim

www.vgem-hoherhoen.de

Tübingen mit Aix-en-Provence (FR)

Ihr 50. Partnerschaftsjubiläum beginnen Tübingen und Aix-en-Provence ein ganzes Jahr lang und ließen zahlreiche deutsche und französische Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Einrichtungen teilhaben und mitgestalten. Die von der EU mit knapp 11.000 Euro geförderte deutsch-französische Bürgerbegegnung war eingebettet in ein umfangreiches Jahresprogramm mit Kulturveranstaltungen wie Konzerten, Lesungen, Vorträgen und Ausstellungen sowie mit Studienfahrten, Schüleraustausch, Jugendbegegnungen und Sportveranstaltungen sowohl in Tübingen als auch in Aix-en-Provence. Beteiligt waren daran auch die *Eberhard Karls Universität Tübingen*, das *Institut Culturel Franco-Allemand*

Tübingen, mehrere Schulen und Sportvereine, Musikbands, Künstlerinnen und Künstler sowie Einzelhandel und Gastronomie.

Unter dem schlichten wie eindeutigen Titel »50 Jahre Tübingen und Aix« lud der *Fachbereich Kultur* der Universitätsstadt Tübingen für Ende Juni 2010 107 Gäste aus dem südfranzösischen Aix-en-Provence ein. In Absprache mit der Stadt Aix und dem dortigen Partnerschaftsverein *Association des Jumelages et Relations Internationales d'Aix-en-Provence* organisierte er ein sechstägiges Programm, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einrichtungen und Organisationen kennenlernen konnten, die sich mit europaweit bedeutenden sozialen Themen auseinandersetzen und somit europäische Grundwerte wie die Achtung der Menschenwürde und Wahrung der Menschenrechte vermitteln. 250 Tübinger Bürgerinnen und Bürger brachten sich als Gastgeber und Vereinsaktive ein.

Bei einem Besuch der Tübinger Tafel, einer Einrichtung, die Lebensmittelspenden an Bedürftige weitergibt, wurde deutlich, dass selbst in einer sozial relativ ausgeglichenen Stadt wie Tübingen viele Menschen an der Armutsgrenze leben. Dies betrifft oft Geringqualifizierte, Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund und Familien mit Kindern – ein Problem, das Tübingen mit anderen europäischen Städten teilt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen in Workshops und moderierten Diskussionen mit Vertretern der *Tübinger Tafel*, der Volkshochschule, der *Lebenshilfe* (einer Einrichtung für Menschen



*Das Jugendsymphonieorchester der Musikschule Tübingen führte mit drei Chören aus Aix-en-Provence die 9. Symphonie von Beethoven in der Tübinger Stiftskirche auf.
© Universitätsstadt Tübingen*

mit Behinderung) und der *Hirsch – Begegnungsstätte für Ältere* sowie mit Mitgliedern des Stadtseniorenrates über das Funktionieren einer Solidargemeinschaft, den Umgang mit Minderheiten sowie soziale Risiken im Alter. Sie diskutierten Möglichkeiten, sozialer Ausgrenzung und Armut entgegenzuwirken, zum Beispiel durch ein niederschwelliges Bildungsangebot.

Die Beteiligung von Frauen am politischen Leben war Thema eines Workshops im *Frauenprojektehaus e.V.*, einem Dachverband von Tübinger Frauen- und Mädchenprojekten. Die deutschen und französischen Teilnehmerinnen verbanden die gleichen Ziele, Benachteiligung und Diskriminierungen abzubauen und eine von tradierten Rollenmustern freie Lebensgestaltung für beide Geschlechter.

Die Debatten zogen Kooperationspläne nach sich: Das *Frauenprojekthaus* ist an einem Austausch mit einer ähnlichen Einrichtung in Aix-en-Provence interessiert; die Tübinger Volkshochschule wird mit einer Aix-er Bildungseinrichtung Erfahrungen mit Sprachkursen für Migranten austauschen.

Es wurde aber nicht nur gearbeitet: Die Gäste aus Aix-en-Provence lernten in Führungen, Ausflügen und Stocherkahnfahrten auf dem Neckar die Stadt und Umgebung kennen. In vielen persönlichen Gesprächen knüpften sie Kontakte zu Tübingerinnen und Tübingern; viele von ihnen waren in deutschen Gastfamilien untergebracht.

Der kulturelle Höhepunkt war ein gemeinsames Konzert des Jugendsymphonieorchesters der *Musikschule Tübingen e.V.* mit drei Chören aus Aix-en-Provence, die vor mehr als 1.000 Zuhörerinnen und Zuhörern in der Stiftskirche die 9. Symphonie von Beethoven zur Aufführung brachten. Wenige Wochen zuvor hatten die 70 jungen Tübinger Musiker/innen mit 80 Sänger/innen der französischen Chöre bereits zum Abschluss einer Provence-Tournee vor 2.000 Zuhörer/innen die Europahymne aufgeführt.

Hochrangige Politikerinnen und Politiker beider Städte bekräftigten in einem Festakt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums den Partnerschaftsvertrag und unterzeichneten eine neue Urkunde. Zum kulturellen Begleitprogramm dieses Empfangs im Rathaus gehörte die kleine Fotoausstellung »Gesichter der 50 Jahre Städtepartnerschaft Tübingen – Aix-en-Provence«. Dafür hatte der *Fachbereich Kultur* Tübingerinnen und Tübinger aufgerufen, private Fotos aus jedem Jahr der Partnerschaft seit 1960 zu schicken, um zu illustrieren, welche Menschen, Begegnungen und Ereignisse die Partnerschaft ein halbes Jahrhundert lang mit Leben gefüllt haben.



Antragsteller:

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Kultur

Am Markt 1

72070 Tübingen

www.tuebingen.de/12.html

Von der Diktatur zur Demokratie

Mücheln mit Bois d'Arcy (FR)

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung reisten über 70 Gäste aus dem französischen Bois d'Arcy im Dezember 2010 nach Mücheln. Anlässlich dieses Jubiläums standen Ereignisse der friedlichen Revolution in Deutschland und deren Bedeutung für das Ende der Spaltung Europas im Mittelpunkt der Begegnung, die von der EU mit rund 7.800 Euro gefördert wurde.

Bei einem Ausflug nach Leipzig wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Motto der Begegnung »Von der Diktatur zur Demokratie – 20 Jahre Ende der Spaltung Europas, 20 Jahre Wiedervereinigung« in einem Stadtrundgang und durch den Besuch einer Gedenkstätte näher gebracht. Unter dem Thema »Auf den Spuren der friedlichen Revolution« erkundeten sie Orte, die an die Ereignisse von 1989 erinnern. Dazu zählt u.a. die Nikolaikirche, von der die Montags-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Besuch der Ausstellung »Stasi – Macht und Banalität« in Leipzig © Gabi Damnig



*Die Chöre aus beiden Gemeinden traten in der Kirche St. Ulrich gemeinsam auf.
© Gabi Damnig*

demonstrationen ausgingen. Der Besuch der Ausstellung »Stasi – Macht und Banalität« in der Gedenkstätte *Runde Ecke*, dem ehemaligen Sitz der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, ermöglichte den Müchelnern und ihren französischen Gästen sich mit Zeitzeugen der Ereignisse 1989/1990 auszutauschen. Mit ihnen diskutierten sie darüber, wie vor 20 Jahren der Übergang von einer Diktatur, die durch eine indoktrinäre Ideologie gestützt wurde, zu einer Demokratie mit den Wertvorstellungen der EU erfolgte. Die Ausstellung vermittelte den Besucherinnen und Besuchern einen Eindruck von den Methoden und den Machtinstrumenten einer Diktatur.

Auch in Mücheln wurden die Geschehnisse dieses Zeitraums mit einer Ausstellung einerseits und einer öffentlichen Abendveranstaltung andererseits thematisiert. Die Ausstellung im Müchel-

ner Rathaus »Von der Diktatur zur Demokratie« zeigte die Ereignisse von Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung in der Gemeinde. Bei der öffentlichen Abendveranstaltung »Kulturelle Vielfalt« schilderte ein Mitglied des Stadtrates in seinem Vortrag die Veränderungen in Mücheln in dieser Zeit und wie unterschiedlich die Menschen damit umgingen. In kleinen Gruppen diskutierten Franzosen und Deutsche die Ereignisse rund um die Wiedervereinigung und deren Bedeutung für das Zusammenwachsen Europas.

Zahlreiche Vereine aus Mücheln und Bois d'Arcy, darunter Tanz- und Musikvereine wie das Akkordeon-Orchester und der Verein der Kunstradfahrer, gestalteten den kulturellen Teil des Abends. Der Chor des Kultur- und Heimatvereins Mücheln und der *Chorale René Barré* aus Bois d'Arcy übten gemeinsam Lieder ein, die in der Kirche St. Ulrich aufgeführt wurden. Auch die Karatevereine der beiden Gemeinden zeigten interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihr Können.

Die Bürgermeister der beiden Partnergemeinden diskutierten Probleme, welche die Demokratie in Deutschland, Frankreich und auf europäischer Ebene belasten. Insbesondere ging es dabei um die geringer werdende Wahlbeteiligung.

Dieses Problem betrifft beide Regionen gleichermaßen und ist in den Augen der Kommunalpolitiker u.a. auf die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Vertreter des Müchelner Partnerschaftsvereins, der die Beziehungen zu der slowakischen Stadt Rudno pflegt, begleiteten ebenfalls die Bürgerbegegnung. In Zukunft wird angestrebt, trilaterale Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern aus Mücheln, Bois d'Arcy und Rudno durchzuführen.



Antragsteller:

**Partnerschaftskomitee Mücheln/
Geiseltal e.V.**

Branderodaer Weg 12

06249 Mücheln/Geiseltal

www.partnerschaftskomitee.eu

Integration statt Ausgrenzung

Neuburg mit Sète (FR) und Jeseník (CZ)

Die Europäische Union erklärte das Jahr 2010 zum »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«. Daran knüpften die bayrische Stadt Neuburg, ihre französische Partnerstadt Sète und die tschechische Partnerstadt Jeseník an, indem sie ihre jährlich stattfindende Jugendbegegnung in diesem Jahr zum Thema »Integration statt Ausgrenzung« ausrichteten. An einem Wochenende im Oktober beschäftigten sich die vor allem über Sportvereine ein-



Deutsche, französische und tschechische Teams puzzeln die Wappen der drei Partnerstädte. © Franz Josef Engel

bezogenen 60 internationalen und 30 Neuburger Jugendlichen mit dem Thema. Ein Hauptanliegen der Organisatoren war es, Ausgrenzung in seinen alltäglich stattfindenden Facetten und Mechanismen zu veranschaulichen und die Jugendlichen darin zu bestärken, aktiv für ein solidarisches Miteinander im vereinten Europa einzutreten. 30 ausländische und deutsche Betreuerinnen und Betreuer unterstützten das viertägige Treffen der Jugendlichen, das von der Europäischen Union mit 9.000 Euro bezuschusst wurde.

An drei Tagen der Begegnung fanden Exkursionen zu Einrichtungen in Neuburg statt: Im *Neuburger Jugendzentrum* und im *Bürgerzentrum Ostend* stellten Vertreter den Jugendlichen das

vielseitige, integrative Angebot ihrer Institutionen vor, das von Hausaufgabenbetreuung, über Sprachkurse und Unterstützung bei der Arbeitssuche reicht. Das *Traumtheater* ist ein Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, durch künstlerische Projekte zum Beispiel in Theater- und Tanzgruppen Jugendliche verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen Lebenssituationen zusammenzubringen. In dem Theater können Bürgerinnen und Bürger einer interessanten Tätig-

keit nachgehen und sich dabei für Integration engagieren. Welches extreme Ausmaß Ausgrenzung annehmen kann, wurde für die Jugendlichen während der Exkursion in das Konzentrationslager Dachau spürbar.

In den Diskussionen, die sich an die Besuche anschlossen, stellten die Jugendlichen und ihre Betreuerinnen und Betreuer die spezifischen Situationen der beteiligten Städte dar, wie das Leben griechischer Minderheiten in Jeseník oder die Ausgrenzung nordafrikanischer Einwanderer in der französischen Stadt Sète. Gleichzeitig boten die

Exkursionen Anlass, sich über konkrete integrative Maßnahmen der beteiligten Städte auszutauschen.

Nach den Exkursionen bot der letzte

Tag die Gelegenheit, persönliche Eindrücke zu diskutieren, theoretische Grundlagen des Themas aufzuarbeiten und sich auch spielerisch damit auseinanderzusetzen: Schülerinnen und Schüler der ortsansässigen *Paul-Winter-Realschule* zeigten eine PowerPoint-Präsentation über Formen von Ausgrenzung und ihre Folgen. Kreativ wurden die Jugendlichen bei der Gestaltung von Plakaten für integratives Handeln. In länderübergreifenden Gruppen setzten sie die Wappen der drei Partnerstädte in großen Puzzles zusammen. Beim Quiz zur kulturellen Viel-

falt in Europa konnten sie ihr Wissen zu bekannten Menschen und Sehenswürdigkeiten der EU-Mitgliedstaaten unter Beweis stellen. Auch sportliche Wettkämpfe und eine Stadtrallye waren Teil des interaktiven Programms. Um einen offenen Umgang der Teilnehmenden miteinander zu etablieren und zum Austausch anzuregen, wurden die Gruppen stets neu zusammengesetzt.

Neben der Lokalzeitung berichtete auch die Regionalzeitung »Donaukurier« über die Jugendbegegnung in der 29.000-Einwohner-Stadt.



Antragsteller:

Stadt Neuburg an der Donau
Amt für Kultur und Tourismus
Am Karlsplatz
86633 Neuburg an der Donau
www.neuburg-donau.de/neuburg/partnerstaedte

Neunkirchen-Seelscheid mit Bicester (UK) und Canton des Essarts (FR) 2010, mit Czernichów (PL) und Garliava (LT) 2011

Die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid im Rhein-Sieg-Kreis führte sowohl 2010 als auch 2011 Bürgerbegegnungen mit ihren Partnerstädten aus Ost- und Westeuropa durch. Im Frühling 2010 kamen 23 Gäste aus dem englischen Bicester und 49 Gäste aus Canton des Essarts in Frankreich nach Neunkirchen-Seelscheid, um sich mit den Gastgebern über die Bedeutung des Ehrenamtes in ihren Gemeinden auszutauschen. Das Treffen wurde mit rund 10.260 Euro gefördert.

Bereits vor der Begegnung hatten lokale Arbeitsgruppen in den beteiligten Gemeinden Informationen zu ehrenamt-

lichen Tätigkeiten vor Ort zusammengestellt. Die Jugendlichen der drei Gemeinden hatten sich per Internet über kommunale Jugendpolitik und Themen von gemeinsamem Interesse ausgetauscht.

Bei dem Treffen in Neunkirchen-Seelscheid präsentierten sich die Arbeitsgruppen gegenseitig die vielfältigen Formen ehrenamtlicher Arbeit in ihren Gemeinden. Dabei ging es u.a. um den lebensgefährlichen Einsatz von Helfern bei der Freiwilligen Feuerwehr und die Bedeutung von Sportvereinen für die Integration von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund. Von besonderem Interesse für die Jugendlichen aller drei Gemeinden war das Thema Jugendparlamente. In der deutschen und in der französischen Gemeinde gibt es jeweils Jugendparlamente, in denen sich Jugendliche ehrenamtlich engagieren und sich aktiv in die Jugendpolitik ihrer Gemeinde einbringen; in Bicester war geplant, eines einzurichten.

Bei der anschließenden Diskussion im Plenum wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Freiwilligentätigkeit in Deutschland, England und Frankreich herausgearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschlossen Maßnahmen für ihre zukünftige Zusammenarbeit, da die ehrenamtlichen Organisationen in den drei Gemeinden ähnliche Interessen haben: Seit der Begegnung 2010 können Mitglieder der Jugendparlamente Abgeordnete als »shadows« begleiten und so Einblicke in die politische Praxis eines anderen EU-Landes bekommen. Des Weiteren wurde der Austausch der Sportvereine und der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden ausgebaut. Aus diesem Erfahrungsaustausch heraus äußerten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Wunsch, dass politische Gremien, wie das Europäische Parlament, die Ziele der ehrenamtlichen Arbeit stärker fördern sollten.



Gemeinsames Singen von Bürgerinnen und Bürgern aus Neunkirchen-Seelscheid, Bicester und Canton des Esserts 2010 © Gerhard Iwers

Im Sommer 2011 reisten 43 Besucherinnen und Besucher aus der polnischen Partnerstadt Czernichów und 25 Gäste aus Garliava in Litauen zu einem Treffen unter dem Motto »Wir in Europa – das Europa der Bürgerinnen und Bürger« nach Neunkirchen-Seelscheid, das von der EU mit rund 7.770 Euro gefördert wurde. Mit Czernichów existiert bereits seit 2002 eine Städtepartnerschaft; mit der litauischen Stadt ist eine Verschwiegerung geplant. Die Einbindung Garliavas in die Bürgerbegegnung kam aufgrund der guten Beziehungen der *Deutsch-Litauischen Gesellschaft im Rhein-Sieg-Kreis* mit der Stadt zustande.

Im Mittelpunkt des Treffens der Polen und Litauer mit 70 Neunkirchen-Seelscheidern standen die Themenfelder Mehrsprachigkeit, Traditionen und Bräuche, Ökologie und Europa. In sechs Arbeitsgruppen wurden konkrete Frage-

stellungen zu diesen Themen vertieft: Während sich eine Gruppe mit der Bedeutung von Ökologie für die Land- und Forstwirtschaft befasste, diskutierten andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ob durch Jugendaustausch und Praktika die Multilingualität ausreichend gefördert wird. Eine weitere Gruppe tauschte sich über den Stellenwert von Traditionen und Bräuchen in Deutschland, Litauen und Polen aus. Die Ergebnisse wurden im Plenum präsentiert und während einer Podiumsdiskussion bewertet. Es wurden Maßnahmen herausgearbeitet, um die zukünftige Zusammenarbeit zu verbessern, wie etwa die Intensivierung des Praktikantenaustauschs. Auch der Austausch über die Rolle des Ehrenamts

bei der Bewältigung kommunaler Aufgaben spielte eine wichtige Rolle: Die Partnerstädte Neunkirchen-Seelscheid und Czernichów informierten die Gäste aus Garliava über die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren in ihren Gemeinden. Bei dem gemeinsamen Europa-Abend stellten die litauischen Gäste ihre Volksmusik und Tänze vor.

Alle gemeinsam besuchten die Eröffnung der Europa-Ausstellung im Rathaus durch den Bürgermeister und informierten sich über Geschichte, Gremien und Bedeutung der EU. Beim anschließenden Europa-Quiz konnten sie unter Beweis stellen, was sie gelernt hatten, und es kam zu Gesprächen und Diskussionen über weitere Entwicklungen und Hoffnungen, die sie mit der EU verbinden. Ausstellung und Quiz waren von ehrenamtlichen Helfern aus Neunkirchen-Seelscheid entwickelt worden, die dafür Material des *Instituts für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit* (IPZ) nutzten.

Vor allem zwischen Neunkirchen-Seelscheid, Czernichów und Canton des Essarts haben die Treffen zu einem regen Schüler- und Praktikantenaustausch beigetragen. Auch der Austausch mit Garliava hat sich durch weitere Besuche einer Neunkirchen-Seelscheider Gruppe in Litauen weiter intensiviert.



Antragsteller:

Partnerschaftsverein Neunkirchen-Seelscheid e.V.

Dahlerhofer Straße 106

539819 Neunkirchen-Seelscheid

www.partnerschaftsverein-nks.de

Bretten mit Longjumeau (FR), Condeixa (PT) und Pontypool (GB)

Bei dem internationalen Jugendtreffen mit einer Arbeitssitzung der Partnerstädte in Bretten drehte sich passend zum »Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011« alles um das Thema Ehrenamt. Insgesamt 74 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der 28.000-Einwohner-Stadt Bretten und ihren Partnerstädten Longjumeau aus Frankreich, dem portugiesischen Condeixa und dem britischen Pontypool trafen sich unter dem Projekttitel »Wir sind Europa! Grenzenlos – gemeinsam – aktiv!«. Diese Begegnung wurde von der Europäischen Union mit 11.000 Euro unterstützt.

Beteiligt waren interessierte Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und den Stadtverwaltungen



Besuch bei der Lebenshilfe © Ines Walter

der vier Städte, um den generationen-
übergreifenden Austausch zwischen den
europäischen Partnerstädten zu fördern.
Zur Vorbereitung der gemeinsamen Wo-
che Ende August 2011 hatten die Betei-
ligten Inhalte zu einzelnen Programm-
punkten vorbereitet.

Ein solcher Programmpunkt war die
Vorstellung des *Jugendgemeinderats* aus
Bretten. Ein Vertreter stellte dessen Auf-
gaben in einem Vortrag vor und warf für
die anschließende Diskussionsrunde die
Frage auf: »Welche Möglichkeiten des En-
gagements gibt es für Jugendliche in der
europäischen Bürgerschaft?«. In interna-
tional gemischten Teams diskutierten die
Jugendlichen darüber, während sich die
erwachsenen Teilnehmerinnen und Teil-
nehmer mit dem Gemeinderat Bretten

über die zunehmende Bedeutung des Eh-
renamts in der Kommune angesichts der
Wirtschafts- und Finanzkrise austausch-
ten und darüber, wie darauf reagiert wer-
den könnte. Im Bezug auf die Möglichkei-
ten der Förderung für Kommunen wurden
hier besonders die nationalen Unter-
schiede deutlich. Schließlich stellten die
Jugendlichen den Erwachsenen die Er-
gebnisse ihres Workshops vor und sie
diskutierten gemeinsam, wie eine aktive
europäische Bürgerschaft auf kommuna-
ler Ebene gestärkt werden kann. Als ein
Beispiel dafür diente die in Bretten initi-
ierte Freiwilligenagentur »Aktivbörse«.

Bei einer interaktiven Stadtralley
stand der Besuch des *Melanchthon-*
hauses auf dem Programm, das an den
im badischen Bretten geborenen Refor-
mator Philipp Melanchthon erinnert. Hier
beschäftigten sich die Teilnehmenden
mit der europäischen Religionsgeschichte
und den Auswirkungen der Reformation



*Fahnen basteln für die Dekoration des
Abschlussfests © Ines Walter*

»Unsere Beziehungen werden immer weniger durch unsere geographische Lage und immer mehr von Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen bestimmt, egal welcher Nation sie angehören. Die Beziehungen zwischen den Bürgern Europas sind im 21. Jahrhundert enger als je zuvor, und dieser Prozess wird durch so großartige Veranstaltungen wie Ihr internationales Städtepartnerschaftstreffen zusätzlich unterstützt.«

*Nick Thomas-Symonds,
Politikwissenschaftler, Oxford,
in seinem Dankesbrief
aus Wales zur Würdigung des
Partnerschaftstreffens*

auf unser heutiges Europa. In der Behinderteneinrichtung *Lebenshilfe* waren alle gemeinsam, junge und alte Teilnehmende aller vier Länder, beim gemeinsamen Spielen, Kochen und Sport aktiv.

Eine Vielzahl kreativer Workshops bot Anlässe, sich auf unterschiedliche Art und Weise mit Europa auseinanderzusetzen: Eine Workshopgruppe erstellte eine internationale Wandzeitung sowie eine Youth-Camp-Zeitung, in denen über die Erlebnisse der gemeinsamen Woche berichtet wurde. Besonders kreativ waren die Entwicklung eines eigenen Youth-Festival-Songs und die eines Films über die Begegnung, die am Abschlussfest gezeigt wurden. Auch durch Minisprachkurse und ein Europaquiz, bei dem das eigene Land vorgestellt wurde, lernten die Jugendlichen voneinander. Ohne Worte verstanden sie sich dagegen beim Musikworkshop, indem eigene Songs komponiert, mit Text versehen und schließlich

aufgeführt wurden. Auch bei den Turnieren mit international gemischten Sportteams und durch die gemeinsame Unterbringung in einer Jugendherberge wurde versucht, den Austausch zwischen den europäischen Gästen aller Altersstufen zu fördern.

Abschließend wurden Pläne für eine engere Netzwerkbildung zwischen den Partnerstädten gemacht und mögliche Aktivitäten für das »Europäische Jahr für aktives Altern 2012« reflektiert. Einig waren sich alle Beteiligten in einem Punkt: Der Austausch zwischen Jugendlichen und ihre aktive Teilnahme an den Städtepartnerschaften müsse in den nächsten Jahren intensiviert werden.



Antragsteller:

Bürgermeisteramt Bretten

Untere Kirchgasse 9

75015 Bretten

www.bretten.de

Europäischer Freiwilligentag

Darmstadt mit Alkmaar (NL),
Chesterfield (UK), Graz (AT),
Plock (PL), Szeged (HU),
Gyöng (HU), Liepāja (LV) und
Logroño (ES)

In Darmstadt wurde das in Deutschland mittlerweile populäre Konzept des Freiwilligentages um eine europäische Dimension erweitert: Neben Bürgerinnen und Bürgern der Region wurden im August 2011 auch Engagierte aus acht Darmstädter Partnerstädten eingeladen, sich einen Tag lang in Projekten sozialer, kultureller und sportlicher Einrichtungen einzubringen. So arbeiteten etwa 330 Menschen aus Darmstadt und Umgebung mit 28 Gästen aus dem niederländischen Alkmaar, dem britischen Chesterfield, Graz in Österreich, Plock in Polen, den ungarischen Städten Szeged und Gyöng, dem lettischen Liepāja und dem spani-

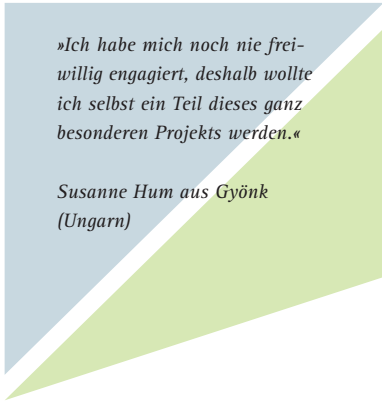


Freiwillige am Aktionstag beim Arbeiter-Samariter-Bund © Land Hessen

schen Logroño in 41 gemeinnützigen Tagesprojekten zusammen. Die Europäische Kommission förderte den Aktionstag und das Rahmenprogramm mit 5.000 Euro.

Organisatoren waren auf deutscher

Seite neben der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg die für die Region zuständige Freiwilligenagentur *Zeitspenden* und das Land Hessen. Die Ausrichter informierten mit 30.000 Postkarten und mit einem viertägigen Stand in Darmstadt über die Begegnung. An Straßenbahnen und Bussen wurde Fahrgastwerbung platziert. An einem Kreativwettbewerb für das Motiv des Projekt-T-Shirts beteiligten sich 56 Kleingruppen und Einzelpersonen und befassten sich dafür mit



»Ich habe mich noch nie freiwillig engagiert, deshalb wollte ich selbst ein Teil dieses ganz besonderen Projekts werden.«

Susanne Hum aus Gyöng (Ungarn)

den Themen Europa und Freiwilligentätigkeit. Die Partnerstädte in den beteiligten Ländern warben vor allem über ihre Kontakte zu Vereinen und Kirchen oder über Aufrufe in lokalen Zeitungen für das viertägige Projekt in Darmstadt.

Die Aktionen während des Europäischen Freiwilligentages waren inhaltlich breit gefächert: Einige Freiwillige engagierten sich für die Nachmittagsbetreuung des *Arbeiter-Samariter-Bundes*, indem sie Räume tapezierten und Bette anlegten. Andere gingen gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern der *Kurt-Jahn Wohnanlage* für Menschen mit Behinderung auf eine Rollstuhl- und Gehwagenwanderung oder reparierten gespendete Fahrräder in der Fachberatungsstelle *Teestube Konkret*, wo sie dann Bedürftigen zur Verfügung gestellt wurden. In einem Workshop des *Medienprojektzentrums Offener Kanal* (MOK)

produzierten Freiwillige einen Beitrag über ausgewählte Aktivitäten des Freiwilligentages. Als Ausklang des Tages feierten alle Helfer/innen, Gastfamilien und Vertreter/innen der Einrichtungen zusammen.

An den Tagen vor und nach ihrem Einsatz machten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ausflüge in die Umgebung, bei denen sie sich über den Freiwilligentag austauschen und Kontakte für weitere Projekte festigen konnten. Die Vertreterinnen und Vertreter von Stadtverwaltungen und Vereinen nahmen Anregungen für ihre Städte mit: Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der niederländischen Stadt Alkmaar wollen ihre Erfahrungen und Kontakte aus dem Freiwilligentag in die Umgestaltung der kommunalen Strukturen der Freiwilligen-

arbeit einfließen lassen. Das DRK in Darmstadt nutzte die Gelegenheit, den – seitdem engen – Kontakt mit seinem Pendant aus Logroño in Spanien aufzubauen.

Den Organisatoren war es ein Anliegen, durch den Aktionstag freiwilliges Engagement anzuerkennen und mit Betätigungen, die Spaß machen, für Freiwilligentätigkeit zu werben. Zudem sollte Europa für die Teilnehmenden an Abstraktheit verlieren und durch die gemeinsame Arbeit zum Identitätsstiftenden Kultur- und Lernraum werden.

Dank seiner Größe konnte der Europäische Freiwilligentag große Aufmerksamkeit erreichen und – so war die Hoffnung – auch die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung steigern. Neben Artikeln in regionalen und überregionalen Zeitungen, Radiobeiträgen auf den hessenweiten Sendern FFh und RH4 wurde auch in einem Fernsehbeitrag im *Hessischen*

Rundfunk über den Europäischen Freiwilligentag berichtet. Die Einbeziehung prominenter Politikerinnen und Politiker, wie der Bundestagsabgeordneten Brigitte Zypries und dem Hessischen Staatsminister Axel Wintermeyer, förderte die öffentliche Aufmerksamkeit. In einem Fragebogen gaben alle Freiwilligen am Ende des Projektes an, dass sie sehr zufrieden mit der Veranstaltung waren und noch einmal teilnehmen würden.



Antragsteller:

**Magistrat der Wissenschaftsstadt
Darmstadt**

Luisenplatz 5A

64283 Darmstadt

www.gemeinsam-aktiv.de

Der demografische Wandel in Europa

Fladungen mit Nora (SE), Köö (EE), Köyliö (FI) und Markt Nassenfels (DE)

»Die demografische Entwicklung Europas – Katastrophe oder Chance?« war das Thema der Bürgerbegegnung, zu der die kleine Stadt Fladungen (2.400 Einwohner) ihre Partnergemeinden Nora aus Schweden, das estnische Köö, Köyliö aus Finnland und das oberbayrische Markt Nassenfels im Juli 2011 einlud.

Vier Tage lang konnten sich die 66 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus fünf Gemeinden, die alle in ländlichen Gebieten liegen, über die Auswirkungen des demografischen Wandels austauschen, um von dem Wissenstransfer zwi-



Finnische Jugendliche stellen ihre Wünsche zur Entwicklung der Gemeinde Köyliö vor.
© Tourist Information Fladungen

schen den Kommunen zu profitieren. Die Bürgerbegegnung in der nördlichsten Stadt Bayerns nahm mit diesem Thema bereits Bezug auf das »Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012« und wurde von der Europäischen Union mit 5.000 Euro unterstützt.

Wie die EP-Abgeordnete Dr. Anja Weißgerber in ihrem Eröffnungsvortrag deutlich machte, sind in allen europäischen Ländern ähnliche Trends der Überalterung der Gesellschaft und der Jugendabwanderung in ländlichen Regionen zu verzeichnen. In Workshops wurden zunächst die beteiligten Gemeinden und die demografischen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern dargestellt. Eine Ausnahme in der Reihe

der beteiligten Kommunen stellte die schwedische Partnergemeinde Nora dar, die in den vergangenen Jahren steigende Einwohnerzahlen verzeichnen konnte. Auch andere Themen wurden angesprochen, beispielsweise welche Probleme mit der Einführung des Euros im Jahr 2011 für Estland entstanden sind. Die estnische Kommune Kõo profitierte von den Erfahrungen der Partnergemeinden in Ländern, die bereits seit vielen Jahren den Euro verwenden.

Gegen die Folgen des demografischen Wandels entwickelten die beteiligten Partnergemeinden bei der Bürgerbegegnung gemeinsam Maßnahmen, zum Beispiel die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Volkshochschulen und Verwaltungen. Die Kommunen einigten sich darauf, mithilfe örtlicher Medien regelmäßig über die Bevölkerungsentwicklung zu berichten, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema zu sen-

sibilisieren. Im Rahmen von konkreten Projekten der Volkshochschulen sollen Interessierte aktiv in den Problemlösungsprozess einbezogen werden.

Ein Vortrag über die »Grabfeld-Allianz« zeigte das Potenzial kommunaler Vernetzung auf: Zu dieser Allianz hatten sich zehn Kommunen aus Unterfranken zusammengeschlossen, um gemeinsam Maßnahmen gegen die abnehmende Bevölkerungszahl zu entwickeln. Den europäischen Gästen wurden Projekte und Lösungsansätze der Allianz präsentiert und dabei besonders die Notwendigkeit von mehr Gestaltungsmöglichkeiten für ältere Menschen hervorgehoben.

»Auch wenn das Partnerschaftstreffen nur einmal im Jahr stattfindet, hat das Treffen in Fladungen gezeigt, wie tief verwurzelt die Freundschaft mit den Menschen aus den Partnergemeinden in der Zwischenzeit doch geworden ist.«

*Robert Müller,
1. Bürgermeister von Fladungen*

Die Exkursion in das Biosphärenreservat Rhön bot für alle Altersstufen etwas: Eine Führung zeigte den Erwachsenen anhand von erfolgreichen Projekten der letzten 20 Jahre positive wirtschaftliche Entwicklungen auch in einer strukturschwachen Region auf. Währenddessen konnten sich die Jugendlichen über den Europäischen Freiwilligendienst informieren, der Unterstützung für ein Engagement im europäischen Ausland bietet. Gemeinsam lernten sie anschließend das Naturschutzgebiet »Schwarzes Moor« kennen und diskutierten zum Thema Naturschutz und biologische Vielfalt.

Große Aufmerksamkeit erzielte der Jubiläumsfestabend, an dem das 15-jährige Bestehen der Partnerschaft mit den Kommunen Nora, Köo und Köyliö und die 25-jährige Partnerschaft mit Markt Nassenfels gefeiert wurden. Zu den Vorträgen über die Partnergemeinden und

deren landestypischen Vorführungen kamen etwa 400 Gäste aus Fladungen und Umgebung. Durch ein Sportfest sollten die Bindungen zwischen den Kommunen gestärkt werden, und so kamen 500 Bürgerinnen und Bürger zu einem Fußballfreundschaftsspiel und weiteren Spielen im örtlichen Vereinshaus zusammen. Die breite Öffentlichkeit wurde durch die Presseorgane der Gemeinden, regionale Zeitungen und den Rundfunk informiert.



Antragsteller:

Stadt Fladungen

Marktplatz 1

97650 Fladungen

[www.fladungen-rhoen.de/](http://www.fladungen-rhoen.de/partnergemeinden.html)

[partnergemeinden.html](http://www.fladungen-rhoen.de/partnergemeinden.html)

Handewitt mit Salacgrīva, Smiltene, Valmiera, Ķekava, Jēkabpils, Liepāja (alle LV), Darmstadt, Deutsch-Lettischer Freundeskreis Willich e.V., Bordesholm, Melle und Gütersloh (alle DE)

Insgesamt 111 Bürgerinnen und Bürger aus zwölf Kreisen, Gemeinden und Städten, davon jeweils sechs aus Deutschland und sechs aus Lettland, beteiligten sich am »5. Deutsch-Lettischen Partnerschaftsforum in Handewitt«. Die Gemeinde Handewitt hatte zu der 5-tägigen Begegnung Ende August 2011 eingeladen und dafür von der Europäischen Union eine Unterstützung von 5.000 Euro erhalten.

Nach einer Begrüßung durch Arne Wulff, dem Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die touristischen und kulturellen Aktivitäten ihrer Heimat vor. Zum besseren Verständnis der lettischen und deutschen Verhältnisse trug auch der Vortrag über die Berufsausbildung im deutschen Handwerk bei, der die unterschiedlichen Ausbildungssysteme in den Ländern verdeutlichte. Der lettische Botschafter Ilgvars Klava referierte zu Veränderungsprozessen in Lettland und deren Auswirkungen auf die deutsch-lettischen Beziehungen und betonte die Chance sowohl für ältere als auch für jüngere Mitgliedstaaten, voneinander zu lernen und so die europäische Integration voranzutreiben.

Ein thematischer Schwerpunkt des Treffens war die Situation von Minderheiten in Grenzregionen, die besonders für die nahe Dänemark gelegene Gemeinde Handewitt und deren lettischer Partner-

stadt Salacgrīva durch ihre Nähe zu Estland von großer Relevanz ist. Ein Vortrag zu Minderheiten und Chancen von Grenzregionen bildete die theoretische Basis für eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen Minderheit in Deutschland. Dabei wurde das Ziel formuliert, Vielfalt als Chance für Grenzregionen zu begreifen. Als Beispiel für besondere Angebote für Minderheiten und ihre Finanzierung diente auch der Tagungsort der Begegnung, die *Jaruplund Højskole* in Handewitt, die eine Einrichtung der dänischen Minderheit ist.

Intensiv setzten sich die Teilnehmenden mit dem Thema Ehrenamt auseinander: Nach einem Impulsreferat über die jeweiligen Situationen in Deutschland und Lettland verteilten sie sich auf vier Arbeitsgruppen zu Feldern, in denen ehrenamtliche Arbeit eine große Rolle spielt und klopften diese nach Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab.

Ein Vortrag über das deutsche Feuerwehrwesen und den grenzübergreifenden Katastrophenschutz veranlasste die lettischen Gäste in dieser Arbeitsgruppe dazu, eine Resolution zum Aufbau einer freiwilligen Feuerwehr an ihre heimischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu verfassen.



Die freiwillige Feuerwehr als Vorbild für Lettland? © Albert Caspari

Die Arbeitsgruppe Kultur beschäftigte sich mit der Entstehung und Struktur des *Kulturrings* in Handewitt, ein Dachverein für 60 lokale Kulturvereine. Veranschaulicht wurde die Kulturarbeit der Gemeinde durch den Besuch des Dorfmuseums, das ebenfalls Mitglied des *Kulturrings* ist und ausschließlich ehrenamtlich betrieben wird. Bei der Vorstellung ihrer Ergebnisse betonte die Arbeitsgruppe Soziales und Kirche die Notwendigkeit, Freiwillige im sozialen Bereich durch hauptamtlich Tätige zu begleiten und die Finanzierung durch die Kommunen auszubauen. Besonders wichtig war der Arbeitsgruppe Sport die zukünftige Zusammenarbeit im sportlichen Bereich durch den Austausch von Sportlerinnen und Sportlern.

Eine weitere Arbeitsgruppe befasste sich mit Grundsatzfragen, wie beispielsweise der zukünftigen Zielsetzung der Partnerschaftskonferenz, die im August 2012 im lettischen Jēkabpils stattfindet.



Deutsche und lettische Gäste beim Partnerschaftsforum in Handewitt, August 2011 © Albert Caspari

Dabei kam der Vorschlag auf, für die deutsch-lettischen Partnerschaftskonferenzen mittelfristig die Kooperation mit der jeweiligen nationalen Sektion des *Rates der Gemeinden und Regionen Europas* (RGRE) zu suchen.

Die Jugendlichen besuchten mit ihren gleichaltrigen Gästen eine dänische und eine deutsche Jugendeinrichtung, um Möglichkeiten ehrenamtlicher Arbeit für sich auszuloten. Bei der anschließenden Präsentation ihrer Ergebnisse vor allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern betonten sie ihren Wunsch nach mehr Mitbestimmung im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Handewitt und Salacgrīva vereinbarten eine Schulpartnerschaft und verpflichteten sich zur Übernahme der Reisekosten. Seitdem besuchen deutsche und lettische Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse jährlich die Schulen der jeweiligen Partnergemeinde.

Für die Dauer der Begegnung wurde ein Tagungsbüro eingerichtet, das neben der organisatorischen Begleitung auch Kontakte zwischen den Teilnehmern vermittelte. Dadurch sollte nicht nur der fachliche Austausch zwischen den deutschen und lettischen Teilnehmenden erleichtert, sondern auch die Vernetzung innerhalb der beiden Länder gestärkt werden.



Antragsteller:

Gemeinde Handewitt

Hauptstraße 9

24983 Handewitt

www.gemeinde-handewitt.de

Nürnberg mit Nizza (FR) und Córdoba (ES)

Die erste »trinationale Jugendbegegnung« in Nürnberg hat die Partnerschaftsbeziehungen zum südfranzösischen Nizza und zum spanischen Córdoba gefestigt. Organisiert wurde der europäische Austausch vom *Amt für internationale Beziehungen* der Stadt Nürnberg in Kooperation mit der Stadt Nizza und dem *Club Córdoba de Balonmano*, der sich in der Jugendfreiwilligenarbeit engagiert. Im Juli 2011 kamen die Handballvereine der drei Städte für eine Woche zusammen, um sich über die Geschichte und Kultur der teilnehmenden Länder auszutauschen. Das Treffen in Nürnberg mit 20 Gästen aus der Stadt Nizza, der ältesten Partnerstadt Nürnbergs seit 1954, und mit 15 Jugendlichen aus dem 2010 als Partnerstadt gewonnenen Córdoba wurde von der Europäischen Union mit 5.000 Euro unterstützt.



Sportliche Begegnung beim Beachvolleyball
© Esteban Cuya

Die zentralen Ziele der Jugendbegegnung waren, das Gemeinschaftsgefühl und die Zusammengehörigkeit zwischen den Jugendlichen der drei Städte zu fördern. Da dies nur erreicht werden kann, wenn sich die Teilnehmenden mit den gemeinsamen Aktivitäten identifizieren, wurden die 68 Jugendlichen in die Vorbereitung des Treffens einbezogen.

Die 13- bis 16-jährigen Nürnbergerinnen und Nürnberger konzipierten eine Stadtführung für ihre Gäste, bei der sie die Verbindungen zu Frankreich und Spanien und die Rolle Nürnbergs in der europäischen Geschichte herausarbeiteten. Nach einem feierlichen Empfang im Nürnberger Rathaus durch Kommunalpolitiker besichtigten die Jugendlichen das *Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände*, die »Straße der Menschen-

»Es gibt sie noch die guten Nachrichten aus Europa. Und mehr noch: Jenseits von Rating, Ramsch und Rettungsschirm, Schuldenkrise, Stresstest und Sondergipfel lassen sich bisweilen sogar Gemeinsamkeiten finden. Zum Beispiel beim ersten internationalen Jugendaustausch, der genau zur rechten Zeit kam.«

Nürnberger Zeitung,
22.7.2011

rechte« und zwei Schulen. Dieses Programm bot Anknüpfungspunkte, um nationale Stereotypen und Vorurteile kritisch zu hinterfragen sowie die Chancen von Zweisprachigkeit und kultureller Vielfalt zu diskutieren.

Der Besuch zweier Nürnberger Schulen und der *Fachakademie für Hauswirtschaft* führte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern am Beispiel der nationalen Bildungssysteme vor Augen. Mit dem *Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft zwischen Córdoba und Nürnberg* diskutierten sie über den Erhalt kultureller Eigenheiten in Europa. Im Rahmen des Nizzafestes, das jedes Jahr anlässlich des französischen Nationalfeiertages um den 14. Juli herum in Nürnberg stattfindet, wurde an die deutsch-französische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg und an die historische Entwicklung des europäischen

Friedens erinnert. In der anschließenden Diskussion thematisierten die Jugendlichen auch die Migration vieler Spanier nach Deutschland während der Franco-Diktatur und die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität. Einig waren sich alle Teilnehmenden darin, dass eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas besteht, in der ehrenamtliches Engagement eine große Rolle spielt.

Besonders wichtig war den handballbegeisterten Jugendlichen aller drei Städte natürlich der gemeinsame Sport. Der krönende Abschluss der Begegnung war daher das trinationale Handballturnier, welches – ganz ohne Worte – die Freundschaft zwischen den Spielern festigte und über die Begegnung in Nürnberg 2011 hinaus wirkte: Die Nürnberger



Die Jugendlichen aus Nürnberg, Nizza und Córdoba beim Handball-Turnier
© Esteban Cuya

Jugendmannschaft wurde zum nächsten Turnier in Nizza eingeladen. Während des Spiels hatten auch Freundinnen und Freunde der Spieler und interessierte Gäste die Möglichkeit, etwas von der internationalen Atmosphäre mitzuerleben. Die regionale »Nürnberger Zeitung« (Auflage 80.000 Exemplare) berichtete über das Ereignis.

Nach dieser Erfahrung bestand von allen Seiten der Wunsch, das trinationale Jugendnetzwerk langfristig weiterzuentwickeln und den beständigen Austausch zur französischen und spanischen Partnerstadt zu stärken.



Antragsteller:

Stadt Nürnberg

Amt für internationale Beziehungen

Hans-Sachs-Platz 2

90403 Nürnberg

www.nuernberg.de/internet

[/international](http://www.nuernberg.de/internet/international)

Reichelsheim mit Jablonka (PL), Nagymányok (HU) und Dol-de-Bretagne (FR)

Im Herbst 2011 kamen Gäste aus den drei Partnerstädten der kleinen Gemeinde Reichelsheim im Odenwald zusammen, um sich im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu Fragen rund um die Themen Ehrenamt und europäische Geschichte auszutauschen. 45 Gäste aus Jablonka in Polen, 51 aus dem ungarischen Nagymányok und 13 aus Dol-de-Bretagne in Frankreich traten während der fünftägigen Begegnung, die von der EU mit 15.000 Euro gefördert wurde, in einen regen Austausch mit über 300 Reichelsheimer Bürgerinnen und Bürgern. Obwohl Reichelsheim nur etwa 8.700 Einwohner hat, konnten die fast 110 Gäste in Familien untergebracht werden.

»Europa wächst zusammen. Wir können keinen Euro retten oder die Finanzkrise bewältigen, aber wir können mit unseren Begegnungen dafür sorgen, dass Verständigung, Vertrauen und Toleranz die Basis für eine friedvolle Zukunft sind.«

Teilnehmer der Bürgerbegegnung aus Ungarn

Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister rückte das Thema »Ehrenamt« in den Mittelpunkt. Der Leiter der Ehrenamtsagentur des Odenwaldkreises präsentierte Möglichkeiten, wie ehrenamtliche Arbeit unterstützt werden kann. In Workshops und Besichtigungen wurden einzelne Gebiete der ehrenamtlichen Arbeit aufgegriffen, etwa in den Kirchen oder bei der Feuerwehr, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entdeckten Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der Freiwilligentätigkeit in den Partnerländern.

In der Geschichtswerkstatt »Europa im Spiegel der Geschichte« befassten sich Jugendliche mit den Strukturen und Institutionen der EU, gingen aber auch den Fragen nach, was die EU für sie persönlich bedeutet. Auf einem Rundgang durch Reichelsheim zu den 32 »Stolpersteinen« sprachen die Jugendlichen über die Vertreibung und Ermordung jüdischer Menschen im Nationalsozialismus und

Formen der Erinnerungsarbeit. Beim gemeinsamen Besuch der Schule nahmen die jugendlichen Gäste am Schulunterricht teil und berichteten aus ihrem Schulalltag.

Die »Seniorenwerkstatt« bot den älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Hintergrundinformationen für eine Diskussion über Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Seniorenarbeit der beteiligten Gemeinden. Die Seniorenbeauftragte der Gemeinde Reichelsheim stellte einer Gruppe von deutschen, ungarischen und polnischen Engagierten das Betreuungs- und Freizeitangebot des Ortes vor, das sich durch die Vernetzung von kommunalen und ehrenamtlichen Angeboten auszeichnet. Die Gäste planen, dieses Konzept auch in ihren Gemeinden umzusetzen.

Zu der Informationsveranstaltung

»Europa aktuell« kamen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen. In ihren Vorträgen befassten sich der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Michael Gahler und der hessische Landtagsabgeordnete Dr. Michael Reuter mit der Geschichte der EU, mit Unterstützung für strukturschwache Regionen sowie mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit insbesondere mit Blick auf die osteuropäischen Länder. Der Bürgermeister der polnischen Partnerstadt Jabłonka stellte die Schwerpunkte der laufenden Ratspräsidentschaft Polens vor, insbesondere zu den aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen.

Festlich begleitet wurde die Begegnung durch »Jugend in Concert«, den gemeinsamen Auftritt der vier Jugendorchester und Bläsergruppen aus den Partnerstädten. Zu dem vielfältigen kulturellen Programm am Europaabend leisteten alle beteiligten Gemeinden einen Beitrag.

Die Begegnung hat mehrere Themen hervorgebracht, für die zukünftig gemeinsam Lösungen entwickelt werden sollen, etwa die Unterstützung des Ehrenamtes oder der Aufbau eines Netzwerks zu regenerativen Energien, Klima- und aktivem Naturschutz. Diese Themen griffen Kommunalpolitiker der drei Gemeinden in einer Arbeitssitzung auf und diskutierten die Idee, hierzu ein Vernetzungsprojekt zu organisieren.



Antragsteller:

**Deutsch-polnischer
Freundeskreis e.V.**

Sudetenstr. 57

64385 Reichelsheim

www.reichelsheim.de

Menschen mit Migrationshintergrund in Europa

Braunfels (DE) mit Newbury (GB), Eeklo (BE), Feltre (IT), Kiskunfélegyháza (HU), Bagnols sur Cèze (FR) und Carcaixant (ES)

Auf Initiative des *Partnerschaftsrings Braunfels e.V.* fand von Mai 2010 bis Mai 2012 ein Vernetzungsprojekt mit dem Titel »Die Zukunft der Städtepartnerschaften unter besonderer Berücksichtigung der Generationen mit Blick auf die Förderung eines europäischen Bewusstseins« statt. Beteiligt waren neben der Stadt Braunfels ihre fünf Partnerstädte Newbury in Großbritannien, Eeklo in Belgien, das italienische Feltre, das ungarische Kiskunfélegyháza und Bagnols sur Cèze in Frankreich sowie Bagnols' Partnerstadt Carcaixant in Spanien.

Die Veranstaltungsreihe, die von der Europäischen Union mit circa 148.000 Euro gefördert wurde, umfasste vier Begegnungen, zwei Konferenzen sowie drei Evaluationstreffen; sie werden im Folgenden nur exemplarisch vorgestellt. Die meisten Veranstaltungen mit Diskussionen, Workshops, Exkursionen und Kulturaktivitäten waren öffentlich und sollten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Die Evaluationstreffen, die der Reflexion über die jeweils vorhergehenden Veranstaltungen, ihre Ergebnisse und gewonnene Erkenntnisse dienen, wurden in kleinerem Kreise von wenigen Vertreterinnen und Vertretern jeder der sieben beteiligten Städte durchgeführt. Diese Evaluationstreffen werden von den Veranstaltern im Nachhinein als besonders fruchtbar für die weitere gemeinsame Arbeit im Projekt hervorgehoben.

Im Mittelpunkt des Projektes stand der Themenkomplex Migration und gesellschaftliche Teilhabe und unter anderem die Frage, warum Jugendliche, insbe-

sondere jene mit Migrationshintergrund, wenig Interesse an Europa und ehrenamtlichem Engagement zeigen.

Die erste Begegnung fand im Mai 2010 in Braunfels mit 87 Gästen aus den Partnerstädten statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Tafel in Wetzlar-Niedergirmes – eine Einrichtung, die von vielen Menschen mit Migrationshintergrund genutzt wird und als Modell für ähnliche Einrichtungen in den beteiligten Städten dienen kann. In einer Schule diskutierten sie mit Jugendlichen, von denen ebenfalls viele Migrationserfahrungen haben, über Gründe für deren geringes Interesse an Europa. Die Jugendlichen selbst führten dies auf den Mangel an Informationen über Europa zurück.

Bei einem großen »Fest der Kulturen« führten Gruppen aus der Region mit hohem Migrantenanteil über 500 Zuschauern internationale Tänze vor: *Der*

Volkstanzkreis Braunfels zeigte israelische Tänze, eine deutsch-russische Gruppe einen russischen Schreittanz, die Wetzlarer Karnevalsgesellschaft orientalische Tänze und die Gießener Gruppe *Alma Gitana* Flamencos.

Die Partnerstädte verfassten im Rahmen dieser Begegnung in Braunfels eine Resolution, in der sie Forderungen und Vorschläge formulierten, wie auf verschiedenen politischen Ebenen Integration gefördert werden kann. Sie wurde an Mitglieder des Europäischen Parlaments gesandt.

Auf einer internationalen Jugend-konferenz im französischen Bagnols sur Cèze im Juli 2010 kamen 35 Jugendliche mit Betreuern aus allen beteiligten Städten zusammen. Unter dem Titel »Beitrag der jungen Generation zur Überwindung des Generationenproblems« diskutierten Jugendliche und Erwachsene ihren Umgang mit Medien. Die Älteren zogen

»After a discussion about the problems of migration in their own towns the twin towns of our network ... express their hope that the young people with a migration background should take part in European youth programs; ... encourage direct contact by inviting young migrants to participate in twinning events; ... urge to employ more foreign teachers and thus improve the educational opportunities of migrants; ... accept the truth that integration is not possible without education.«

Auszug aus der in Braunfels erarbeiteten Resolution, Mai 2010

für sich daraus die Erkenntnis, dass ihre Beschäftigung mit den modernen Medien zur Annäherung zwischen den Generationen beitragen kann. Die Jugendlichen interviewten am folgenden Tag ältere Einwohner der Stadt Bagnols bezüglich deren Einstellung zu den neuen Medien. Sowohl diese Methode als auch die dabei gewonnenen Einsichten könnten auch in anderen Städten zu Lösungsansätzen für eine bessere intergenerationale Verständigung führen.

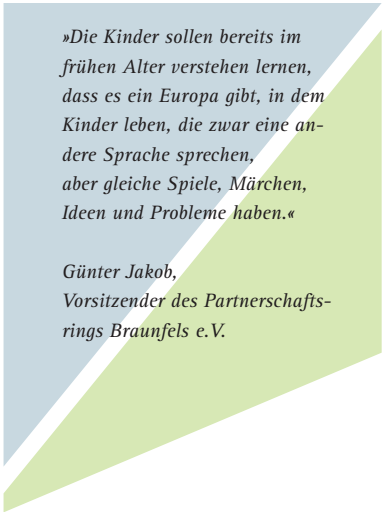
Die Jugendlichen und ihre erwachsenen Begleiter/innen setzten sich mit den Bemühungen Bagnols auseinander, Kunst zur Integration von Menschen maghrebinischer Herkunft zu nutzen. In der Diskussion betonten die jungen Gäste, dass aus ihrer Sicht künstlerisches Arbei-

ten auch darüber hinaus zu einem besseren Gemeinschaftsgefühl beitragen kann. Dies konnten sie bei der gemeinsamen Arbeit mit der maghrebinischen Künstlergruppe Brigade Fresques selbst erfahren und ihre Ergebnisse bei einem öffentlichen Abschlussabend präsentieren.

Zwei Begegnungen richteten sich speziell an junge Familien, eine im Sommer 2010 im britischen Newbury und die andere zum Jahresausklang 2010 in Braunfels. Die Idee war, mit kindgerechten Angeboten wie Spielen, Exkursionen und Festen die Kinder und Jugendlichen der Partnerstädte mit den jeweils anderen europäischen Lebensweisen in Be-

rührung zu bringen, um ihr Interesse an fremden Sprachen, an internationalen Freundschaften und für Städtepartnerschaften zu wecken. Für die Erwachsenen fand in Newbury parallel zum Kinderprogramm eine Informationsveranstaltung zum Thema »Migration und Integration« statt: Die Gäste aus Braunfels, Carcaixant und Feltre berichteten über die Lage von Migrantinnen und Migranten in ihren Städten, Vertreter/innen des *West Berkshire Minorities Ethnic Forum* über die Situation in Newbury. Die Besonderheit der Begegnung in Braunfels war, dass fast 100 große und kleine Menschen, darunter 50 aus den Partnerstädten, gemeinsam ins neue Jahr feierten.

Höhepunkt des Projektes war eine große Partnerschaftskonferenz im Oktober 2010 in Berlin mit über 80 Delegierten. Auch hier war das Schwerpunkt-



»Die Kinder sollen bereits im frühen Alter verstehen lernen, dass es ein Europa gibt, in dem Kinder leben, die zwar eine andere Sprache sprechen, aber gleiche Spiele, Märchen, Ideen und Probleme haben.«

*Günter Jakob,
Vorsitzender des Partnerschafts-
rings Braunfels e.V.*



Austausch zwischen Kindern bei der Begegnung »Junge Familien für Europa« in Braunfels, Weihnachten 2010
© Günter Jakob

thema »Migration und Integration«. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer debattierten mit der Integrationsbeauftragten Berlins, dem Vorsitzenden des *Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg* und dem türkischen Generalkonsul in Berlin über die Frage, wie Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesellschaftliche Teilhabe erleichtert werden kann. Der Besuch der islamischen Gemeinde in der *Sehitlik-Moschee* in Berlin und anderer Einrichtungen sowie ein Stadtspaziergang mit drei türkischen Jugendlichen durch den kulturell vielfältigen Bezirk Kreuzberg boten einen Eindruck vom Miteinander der Nationalitäten in Berlin.

Mit einem letzten Evaluationstreffen im Mai 2012 in Kiskunfélegyháza fand das Projekt seinen Abschluss. Neben weiteren Diskussionen über ungarische Spezifika zum Thema Migration (Zuwanderung aus den Grenzgebieten, Lage von Sinti und Roma in Ungarn) wur-

de hier die bereits vorhandene Internetseite zum Projekt weiterentwickelt und Material für eine DVD zusammengestellt. Die Materialien sollen die erfolgreiche Netzwerkzusammenarbeit dokumentieren und als Anregungen für die Nachahmung und Fortsetzung derartiger Projekte durch andere Kommunen dienen. Zahlreiche lokale und regionale Zeitungen in den beteiligten Partnerstädten berichteten über die jeweiligen Veranstaltungen.



Antragsteller:

Partnerschaftsring Braunfels e.V.

Gerichtsstraße 4a

35619 Braunfels

www.7towns4europa.eu

Greifswald mit Lund (SE), Kingston upon Hull (UK), Tartu (EE), Szczecin (PL), Goleniów (PL) und Osnabrück (DE)

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern hat sich gemeinsam mit dem *Klimaschutzbündnis Greifswald 2020* zum Ziel gesetzt, die EU-Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene zu erreichen. Das Interesse an der lokalen Klimaschutzarbeit teilt Greifswald mit seinen Partnerstädten: Die schwedische Schwesterstadt Lund ist, wie Greifswald auch, Mitglied des europäischen *Konvents der Bürgermeister*, dessen Unterzeichner sich freiwillig zur Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung nachhaltiger Energiequellen verpflichten, und Osnabrück in Niedersachsen fördert mit dem Projekt »Sun Area«

die Nutzung von Sonnenenergie. Außerdem bringen sich die beiden polnischen Partnerkommunen Szczecin (Stettin) und Goleniów sowie die befreundete estnische Universitätsstadt Tartu und Kingston upon Hull in Großbritannien (das Vorreiter bei der energetischen Sanierung von kommunalen Gebäuden ist) in das von der EU mit etwa 54.000 Euro geförderte Projekt ein.

Während der 24-monatigen Laufzeit des »TwinTownClimate«-Vernetzungsprojekts fanden fünf Veranstaltungen statt, drei in Greifswald und zwei in Lund. Zwischen drei größeren Konferenzen mit jeweils einem öffentlichen Klimaschutztag traf sich eine begrenzte Zahl Delegierter aus den beteiligten Kommunen zu Workshops, um die Ergebnisse aus den Konferenzen zu reflektieren, einzelne Themen zu vertiefen und gemeinsam die Öffentlichkeitsarbeit sowie das weitere Vorgehen vorzubereiten. Insgesamt waren etwa 220 Delegierte aus den

genannten Kommunen beteiligt: 140 aus Deutschland, 50 aus Lund und jeweils etwa 10 aus Goleniów und Tartu, fünf aus Szczecin und weitere Gäste aus Polen, Ungarn, Frankreich und Spanien.

Der Einladung Greifswalds zur Auftaktkonferenz »Globale Probleme – Lokale Lösungen. Wege zur Umsetzung der EU-Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene« im Oktober 2010 folgten 68 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung der beteiligten Kommunen. Im Rahmen einer Schülerakademie der Initiative *Plant for the Planet* ließen sich 55 Kinder zu Klimabotschaftern ausbilden. Der Einladung zu einem abendlichen Festvortrag mit dem Thema »Leben im 21. Jahrhundert – Welche Welt hinterlassen wir



Gedankenaustausch am Rande der Greifswalder Konferenz © Michael Haufe

unseren Kindern?» von Frithjof Finkbeiner, Koordinator der *Global Marshall Plan Initiative*, waren über 100 Bürgerinnen und Bürger gefolgt.

An zwei Konferenztage

stellten Wissenschaftler Herausforderungen im Klimaschutz sowie notwendige Instrumente zur Senkung des CO₂-Ausstoßes vor. Im Mittelpunkt der Debatten der beteiligten Kommunen standen Methoden zur CO₂-Bilanzierung, die Minderung von Emissionen durch Gebäudesanierungen, bei der Energieversorgung und im Verkehr sowie die Bürgerbeteiligung beim Klimaschutzprozess. Zu diesen Themen haben die Gastgeber Erfahrungen: Greifswald hat regelmäßig CO₂-Bilanzen erstellt; für das Klimaschutzkonzept der Stadt erarbeiteten Greifswalder ein Bürgergutachten.

Die Gäste aus den Partnerkommunen

erlebten den Klimaschutztag 2010 mit, der seit 2009 alljährlich stattfindet: Neben einem kulturellen Programm aus

Film, Musik und Theater informierten Gewerbetreibende, Energieerzeuger, Vereine und die Verwaltung an Ständen zum Thema Klimaschutz, gaben sich gegenseitig Anregungen und boten Gelegenheit für Bürger jeden Alters zu Gesprächen.

Sieben Monate später, im Mai

2011, trafen sich 19 Delegierte der Partnerkommunen wieder in Greifswald zu einem zweitägigen Workshop. Sie tauschten sich über ihre kommunalen Beschaffungsrichtlinien unter Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Bereichen Kommunikation, Beleuchtung, Bürobedarf und Fahrzeugnutzung der Verwaltung aus. Ein Schwerpunktthema in dem Workshop »Stadtwerke der Zukunft« waren Konzepte zur effizienten und wirtschaftlichen Nutzung von Fernwärme.

Die zweite Konferenz »Global Problems – Local Solutions« fand im September 2011 in der Universitätsstadt Lund wieder in Kombination mit einem Klimaschutztag statt. 56 Delegierte aus Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Norwegen, Polen, Schweden und Ungarn tauschten sich zu den Schwerpunktthemen Minderung von CO₂-Emissionen im Verkehr, Erdwärme sowie Fernwärme aus erneuerbaren Energien aus.

Die südschwedische Stadt Lund stellte ihr – unter Beteiligung von Bürgern erarbeitetes – Konzept eines autofreien Verkehrssystem vor, mit dem sie nicht nur die CO₂-Minderung im Verkehr erreichen, sondern zugleich die Lebensqualität in der 82.800-Einwohner-Stadt erhöhen möchte. Weitere wichtige Themen, die auch bei Besichtigungen in Lund und der Umgebung vertieft wurden, waren Lunds beispielhafte Energieeinsparmaßnahmen im Verbund mit Unternehmen

sowie Anreize für ökologische Landwirtschaft und den Konsum regionaler Produkte.

Jugendliche, die sich im Lunder Jugendparlament engagieren, berichteten über ihre Arbeitsweise und schilderten, mit welchen modernen Kommunikationswegen es ihnen gelingt, ihre Altersgenossen zu informieren und zu begeistern. Die Jugendlichen benannten ihre Sorgen um die Zukunft unseres Planeten und ihre Vorstellungen von Veränderungen in der Politik, der Gesellschaft und in ihrem eigenen Leben.

Das Thema der Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für den Klimaschutz vertieften die Projektpartner bei einem Workshop in Lund im Mai 2012: Am ersten Tag ging es um Klimaschutz und Energiesparen in Schulen und Kindertagesstätten. Am zweiten Tag widme-

ten sich die 20 Delegierten aus Lund, Tartu, Goleniów und Osnabrück den Auswirkungen, die die Verteuerung der Energie für sozial schwache Haushalte hat. In einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit Ökonomen, Sozialämtern und Energetikern erarbeiteten sie gemeinsam Lösungen. Denn da Kommunen in einigen europäischen Ländern die Energiekosten dieser Familien teilweise übernehmen, bedeutet Energiesparen in diesem Bereich auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Die dritte Konferenz mit anschließendem Klimaschutztag fand Ende September, Anfang Oktober 2012 in Greifswald statt. Nach einer gemeinsamen Auswertung der Projektergebnisse diskutierten die Projektpartner über »umwelt-

freundliche Mobilität« und »nachhaltiges und wirtschaftliches Bauen«. Beide Themen fließen bei den teilnehmenden Kommunen in unterschiedlichem Maße in Leitbilder und Zukunftsstrategien für die Integration von Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung ein, in Greifswald zum Beispiel in einen Radverkehrswegeplan.

Nach Abschluss des Projektes wird* das »TwinTownClimate«-Projekt in Form einer CD mit den Vorträgen, den Workshop-Ergebnissen, Pressemitteilungen und Bildern dokumentiert und allen Projektbeteiligten, den Parlamenten und Pressestellen der Kommunen sowie weiteren Interessierten zur Verfügung gestellt. Daneben wird es eine zweisprachige Broschüre mit den Ergebnissen der thematischen Workshops geben, die als Leitfäden an Presseabteilungen, Beschaffungs- und Sozialabteilungen,

Schulen und Kindertagesstätten der Projektpartner verteilt werden soll. Ein Blog, der dem fachlichen Austausch der Projektpartner diene, wird zu einer zweisprachigen Internetdokumentation ausgebaut.



Antragsteller:

Universitäts- und Hansestadt

Greifswald

Dezernat für Bauwesen und Umwelt

Markt

17489 Greifswald

<http://twin-town.blogspot.de>

* Nach Drucklegung dieser Publikation.

Europäische Kulturdörfer

Halberstadt mit Kirchheim im Innkreis (AT), Bystré (CZ), Kilingi-Nömmе (ES), Mellionec (FR), Palkonya (HU), Paxos (GR), Pergine Valdarno (IT), Porrúa (ES), Tommerup (DK) und Wijk aan Zee (NL)

Die Kulturdörfer Europas wurden gegründet, einerseits um auf aktuelle Probleme von Dörfern aufmerksam zu machen, andererseits aber auch auf ihre besondere Bedeutung für die Europäische Union. Seit der Entstehung des Netzwerks im Jahr 1999 treffen sich elf Dörfer aus elf europäischen Ländern mehrmals jährlich zu Konferenzen über relevante Themen zum ländlichen Raum in Europa, zu Kulturaustauschtreffen, Jugendcamps und seit einigen Jahren auch Seniorenbegegnungen.

Im Mittelpunkt der vier Veranstaltungen im Zeitraum von Januar 2011 bis Juli 2012 stand das Thema »Europäische



Ströbecker Schachspiel © Kathrin Baltzer

Kultur und regionale Identität«. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, die kulturellen Traditionen der Kulturdörfer herauszuarbeiten, um ihre Bedeutung für die regionale Identität zu verstehen und um die Mechanismen der Kultur zu entdecken, die zum europäischen Gemeinschaftsgefühl der Kulturdörfer beigetragen haben. Dahinter steckt die Überzeugung, dass ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger nicht aus der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einigung Europas allein erwächst, sondern aus der Erfahrung der kulturellen Vielfalt in Europa, für die die Europäischen Kulturdörfer einen anschaulichen Querschnitt bieten.

Die Veranstaltungsreihe mit insgesamt 353 Teilnehmenden koordinierte der knapp 1.150 Einwohner zählende Stadtteil Ströbeck, der zur Stadt Hal-

berstadt gehört, und wurde dabei von der Europäischen Union mit 67.000 Euro unterstützt. Bereits im Vorfeld trugen Bürgerinnen und Bürger in lokalen Arbeitskreisen die in ihren Dörfern bedeutsamen Kulturtraditionen zusammen.

Die Startkonferenz, an der 66 Aktive aus den Kulturdorfvereinen und Kulturschaffende der beteiligten Gemeinden teilnahmen, fand im Mai 2011 im niederländischen Wijk aan Zee statt, dem Ort der Gründung des Netzwerkes der Kulturdörfer. Sie trugen die Ergebnisse der lokalen Arbeitskreise zusammen, dazu gehörten der traditionelle griechische Gesang und Tanz genauso wie österreichische Klosterarbeiten und Malerei, tschechische Maisfiguren für die Oster- und Weihnachtszeit und die Ströbecker Schachtradition. Daraus ergaben sich die Themen für das nächste Treffen: Tanz, saisonale Traditionen, Kunsthandwerk und Schach.

Im Juni 2011 fand im nördlich des Harzes gelegenen Schachdorf Ströbeck (Halberstadt) ein Kulturaustausch mit 157 Teilnehmenden statt. Sie stellten sich gegenseitig die lokalen und regionalen kulturellen Eigenheiten vor, sowohl sehr traditionelle als auch jüngere. In Vorträgen, Diskussionen und praktischen Workshops, in denen gemeinsam getanzt und gebastelt wurde, wurden die regionalen Unterschiede deutlich. Dies war neu und intensivierte den Austausch; denn bisher hatten sich die Dörfer immer nur mit ihrer Tanz-, Theater- und Musikkultur präsentiert. Ein anschauliches Beispiel für gelebte Tradition bot der Festumzug mit Szenen der Ströbecker Schachgeschichte anlässlich des Jubiläums »1.000 Jahre Schach im Schachdorf Ströbeck«.



Musiker spielen das Kulturdorf-Lied. © Kathrin Baltzer

Im September 2011 trafen sich die Kulturdörfer wieder in Ströbeck, dieses Mal zu einem eintägigen Musik-Workshop. 56 Musikerinnen, Musiker und Interessierte musizierten gemeinsam in Workshops und improvisierten in ihrem regional geprägten Stil zu dem Kulturdorf-Lied, das ein Däne in Tommerup komponiert hatte. Bei der abendlichen Aufführung dieser Neukompositionen konnten Presse und örtliches Publikum so regionale Unterschiede in der Musik und zugleich die Gemeinschaft stiftende Wirkung von Musik erfahren.

Auch die Abschlusskonferenz im Mai 2012 fand in Ströbeck statt. An zwei Tagen reflektierten 74 Aktive aus den Kulturdörfern über das Netzwerk und stellten fest, dass es in eine neue Phase eingetreten ist: Nach der »Entdeckung« der europäischen Kulturen geht es nun um »Kooperation«. Um den Wissenstransfer zu kulturellen Fragen und die Möglichkeit von Kulturkooperationen zu

fördern, sollen künftig regelmäßige Treffen unter dem Titel »Europamarkt« stattfinden, bei denen nicht nur regionale Produkte angeboten, sondern auch Ideen geteilt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Hoffnung ist, dadurch das kulturelle Angebot und die Lebensqualität auf dem Land zu verbessern und einer Abwanderung in die Städte entgegenzuwirken. Daneben wurden gemeinsame Vorhaben entwickelt, wie das Musik- und Kunstprojekt »Europa Ludens« und das Konzept »Go and Do«. Letzteres erleichtert den Mitgliedern der Kulturdörfer über ein Netzwerk aus Gasteltern und Ansprechpartnern in allen Dörfern eigene Projektideen umzusetzen, wie die Organisation eines Festivals oder grenzübergreifender Musikunterricht.

Die Beschreibungen der kulturellen Eigenheiten der Kulturdörfer, die Projektaktivitäten und die wichtigsten Ergebnisse werden in einer Publikation dokumen-

»Die spanischen und griechischen Gäste erklärten an diesem Konferenzwochenende, dass die Menschen in ihrem Dorf nicht viel verreisen. Aber durch die Kulturdörfer haben sie eine Vorstellung von Europa bekommen und eine Beziehung zu Europa entwickelt.«

*Kathrin Baltzer, Ströbecker
Kulturdorfmanagerin*

tiert, die mit einer Auflage von je 500 deutschen und englischen Exemplaren derzeit¹ erstellt wird. Eine DVD mit Fotos, Filmsequenzen und Interviews vermittelt zusätzliche Eindrücke, beispielsweise von den praktischen Workshops. Neben dem Vertrieb in den Kulturdörfern soll die Publikation an Mitglieder des Europäischen Parlaments und an die Vertretungen der Regionen in Brüssel geschickt werden. Der Newsletter des Kulturdorfnetzwerks mit ca. 1.000 Exemplaren berichtete über die Treffen, eine Internetseite informiert darüber hinaus zu Zielen, Programm, Partnern und Finanzierung des Projekts.



Antragsteller:

Stadt Halberstadt

Holzmarkt 1

38820 Halberstadt

www.culture-of-europe.eu

Lörrach mit Sens (FR), Senigallia (IT) und Chester (UK)

Die vier Partnerstädte Lörrach im

Schwarzwald, das französische Sens, Senigallia in Italien sowie das britische Chester haben eine Gemeinsamkeit, sie liegen alle vier in touristisch geprägten Regionen. Darum entwickelten sie das Vernetzungsprojekt »Net4Ps+ Developing Sustainable Tourism« – ein Netzwerk für vier Partnerstädte zur Förderung des nachhaltigen Tourismus, in das sie weitere Kommunen und Partner aus dem Mittelmeerraum einbeziehen. Die Stadt Lörrach beantragte eine Förderung von 73.500 Euro bei der EU; bei der Umsetzung zwischen Mai 2011 und April 2013 wird sie von der Touristeninformation in Lörrach unterstützt.

Fünf Veranstaltungen werden insgesamt durchgeführt: drei Tourismuskonferenzen in Senigallia, Chester und Lörrach sowie zwei Workshop-Treffen in Sens und Lörrach, die zur thematischen Vorbereitung der Konferenzen und insbesondere den beteiligten Bildungseinrichtungen zum Austausch dienen. Partner des Städtequartetts sind die Kommunen Fafe in Portugal, Split in Kroatien, Edirne in der Türkei und das spanische Valladolid sowie mehrere Hochschulen und Schulen: die *Duale Hochschule Baden-Württemberg* (DHBW) in Lörrach, die Universitäten Chester (Großbritannien) und Ancona (Italien) sowie weitere Hochschulen und Fachschulen aus dem Mittelmeerraum, die sich bei dem ein oder anderen Treffen beteiligten. Mit dem Netzwerk soll die Grundlage für weitere gemeinsame Projekte mit einem Fokus auf eine stärkere Nord-Süd-Kooperation geschaffen werden.

Das Vernetzungsprojekt fördert den

Austausch von vorbildlichen Verfahren im Bereich des nachhaltigen Tourismus. Sein Ziel ist es, Tourismusfachleute und angehende Fachkräfte für ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Tourismusmodelle zu sensibilisieren. Durch die Konzentration auf die Themen Ehrenamt im Tourismus einerseits und Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderung beim Reisen andererseits schließt das Projekt sowohl an das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 als auch an das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 an.



Besichtigung einer behindertengerechten Strandanlage in Senigallia 2011
© Stadt Lörrach

»Wandern und Radwandern« war das Thema der Auftaktveranstaltung im Mai 2011 im nordfranzösischen Sens. Rund 30 Tourismusfachleute, Verwaltungsmitarbeiter/innen, Lehrkräfte und Studierende aus den vier Partnerstädten und zehn Delegierte aus Edirne präsentierten sich gegenseitig Tourismusprojekte, darunter Radweginitiativen zu römischen Stätten in Senigallia und Radrouten entlang der Kanäle in Burgund. Auch EU-Programme spielten hier eine Rolle: Im Rahmen ihrer Tourismuspolitik hat die EU Förderprogramme für unbekannte Reiseziele (EDEN) und für sozialen Tourismus (Calypso) aufgelegt. Studierende der Hauswirtschaftsschule im türkischen Edirne stellten ihre Stadt, die im Dreiländereck Bulgarien, Griechenland und Türkei liegt, und die EDEN-Auszeichnung für Edirne vor. Das Lörracher INTERREG-Projekt »Mythische Orte« am Oberrhein verbindet Kultur- und Reli-

gionsstätten und historisch bedeutsame Orte in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Schließlich erkundeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Lörrach auf *e-Tricycles* des Projektes »Cyclo-Sens«, das an Markttagen kostenlose Stadtrundfahrten anbietet.

Bei der Tourismuskonferenz in Senigallia im September 2011 wurde das Thema »Wandern und Radwandern« von gut 40 Diskutanten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Kroatien vertieft. Tourismusorganisationen, Bürgergruppen, Kommunalvertreterinnen und -vertreter sowie Hochschulangehörige setzten sich mit den Themen Radwege und E-Bikes, Ehren-

amt im Tourismus, Urlaub mit Behinderung sowie Netzwerke zwischen Tourist*innen und Universitäten auseinander. Die Diskussion über gemeinsame Kriterien und Qualitätsstandards für nachhaltigen Tourismus offenbarte unterschiedliche Ansprüche und Praktiken in den beteiligten Ländern. Die Teilnehmer*innen und Teilnehmer »erfuhren« den sanften Tourismus vor Ort: Auf städtischen Leihrädern und E-Bikes erkundeten sie die Stadt und besichtigten behindertengerechte Strandanlagen. Die italienischen Projektpartner zeigten ihren Gästen bei einer Exkursion zu der von EDEN ausgezeichneten Stadt Corinaldo die Stationen einer geplanten Radwanderstrecke an römischen Ausgrabungsstellen.

Da »Kulturerbe und Kulinarik« das Schwerpunktthema der Konferenz im britischen Chester im Sommer 2012 sein sollte, bereiteten 50 Lehrkräfte, Studierende und Schüler der Fach- bzw. Hoch-



Studierende tauschen sich bei einem Treffen in Lörrach 2012 zu nachhaltigen Tourismus-Modellen aus. © Stadt Lörrach

schulen aus Lörrach, Chester, Senigallia und Ancona, Fafe und Edirne mit 50 Tourismusfachleuten aus den vier Partnerstädten im April 2012 in Lörrach diese Thematik vor. Einleitend erläuterte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Michael Theurer die Ziele der EU-Politik im Tourismus. Die Studierenden entwickelten eine Umfrage zu nachhaltigem Tourismusbereich in Europa, die nach einer Testphase in den Universitäten künftig in den beteiligten Ländern starten soll. Auch in Lörrach wurden Beispiele für nachhaltigen Tourismus erkundet, darunter touristische und gastronomische Angebote mit und für Behinderte wie die Ausstellung »Anfassen erlaubt – sinnliche Entdeckung für Menschen mit und ohne Behinderung« im *Dreiländermuseum Lörrach*, an deren Konzeption

der Behindertenbeirat der Stadt mitwirkte. Im Rahmen einer Tagesexkursion besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das EU-Parlament und den Europarat in Straßburg, führten dort Gespräche mit Tourismusfachleuten und lernten in der französischen Stadt Colmar die Initiative »Europäische Kulturrouten« des Europarates kennen.

Bei der Konferenz »Kulturerbe und Kulinarik« in Chester im Juli 2012 kamen gut 80 Fachkräfte, Interessierte und Studierende wie Lehrkräfte aus Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und Großbritannien zusammen, um sich über Modelle für nachhaltigen Tourismus und Qualitätsstandards auszutauschen. Themen waren der Beitrag des Ehrenamts für den Erhalt des Kulturerbes und die Bedeutung regionaler Produkte in der

Gastronomie. Die Gastgeber erläuterten am Beispiel der römischen Stadtmauer ihrer Stadt den Einsatz von EU-Fördermitteln für den Erhalt historischer Stätten. Die Studierenden der Universität Chester präsentierten Marketingstrategien sowie die Stärken und Schwächen des Tourismus in Europa.

Zu der Abschlussveranstaltung in Lörrach im April 2013 sind neben den vier Partnern von »Net4Ps+« auch wieder Delegierte aus Edirne, Fafe, Split und Valladolid eingeladen. Die Projektpartner wollen hier die bei den vorhergehenden Konferenzen erarbeiteten Ergebnisse, unter anderem im Hinblick auf Kriterien und Qualitätsstandards für nachhaltigen Tourismus, zusammenführen. In einer viersprachigen Broschüre, auf einer DVD und einer Internetseite sollen Beispiele guter Praxis, die Ergebnisse der Umfrage sowie die Ziele und Kriterien für nachhaltigen Tourismus in Europa vorgestellt werden.

Aus den bisherigen Konferenzen ist ein Dozentenaustausch zwischen der Universität Chester und der DHBW Lörrach hervorgegangen. Um die künftige Zusammenarbeit zwischen Chester, Lörrach, Senigallia, Sens und den südeuropäischen Städten Edirne, Fafe, Split und Valladolid zu intensivieren, ist bereits die Erarbeitung einer europäischen Kulturroute zum Thema »Römische Migration in Europa« geplant.



Antragsteller:
Stadtverwaltung Lörrach
Luisenstraße 16
79539 Lörrach
www.loerrach.de

Wesendorf mit Cuverville (FR), Démouville (FR), Sannerville (FR), Páka (HU), Radziejów (PL) und dem Europaclub Gymnasium Senvages in Vilnius (LT)

Eine Jugendkonferenz, eine Bürgerbegegnung und ein Partnerschaftstreffen waren die Bestandteile des Vernetzungsprojektes der Samtgemeinde Wesendorf mit den Partnergemeinden Cuverville, Démouville und Sannerville aus der Normandie (Frankreich), dem ungarischen Páka und Radziejów in Polen. Auch der Europaclub des Gymnasiums Senvages in der litauischen Hauptstadt Vilnius war an dem Netzwerk beteiligt. Passend zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bür-

»Partnerschaften können nicht verordnet, sie müssen von den Vereinen, Verbänden und ihren Menschen getragen und gelebt werden.«

*Werner Warnecke,
stellvertretender Landrat*

gerschaft 2011 beleuchteten alle drei Veranstaltungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln Fragen von Freiwilligentätigkeit und Ehrenamt. Das 12-monatige Projekt wurde von der EU mit rund 123.000 Euro gefördert.

Zu dem ersten Treffen im Juli

2011 kamen rund 100 Jugendliche aus Deutschland, Frankreich, Polen, Ungarn und Litauen in Vilnius zusammen, um sich sechs Tage lang mit Fragen zu Freiwilligentätigkeit und europäischer Identität zu befassen. Bei Vorbereitungstreffen in allen teilnehmenden Ländern hatten die Jugendlichen Präsentationen zur Freiwilligenarbeit in ihrem Land vorbereitet. Die litauische Gruppe hatte zum Beispiel einen Film gedreht, in dem Jugendliche verschiedene Freiwilligentätigkeiten in Litauen in englischer Sprache vorstellten.

Die französischen Gemeinden

brachten Jugendliche aus verschiedenen europäischen Ländern mit, die seit einem Jahr den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) bei ihnen absolvierten. Diese stellten den EFD und die Förderung der EU vor und gaben einen Einblick in ihre Tätigkeiten. In Workshops befassten sich die Jugendlichen mit Fragen zur europäischen Politik und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft sowie mit erneuerbaren Energien. In der Altstadt von Vilnius führten sie eine Bürgerbefragung zum Thema »Europäische Union« durch. Diese ergab, dass eine Mehrheit der Befragten eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei der Sicherung des Friedens, in der gemeinsamen Außenpolitik und bei der inneren Sicherheit befürwortet. Das kulturelle Rahmenprogramm bestand u. a. aus Besichtigun-



gen der zweitgrößten litauischen Stadt Kaunas und dem *Berg der Kreuze*, einem litauischen Wallfahrtsort.

Das 25-jährige Bestehen des Partnerschaftskreises Samtgemeinde Wesendorf war der Anlass für eine Bürgerbegegnung mit rund 100 Gästen aus Frankreich, Ungarn, Polen und Litauen im August 2011 in der niedersächsischen Samtgemeinde mit ihren gut 14.000 Einwohnern. Beim Tag der offenen Tür im Rathaus informierten Ausstellungswände über die 25-jährige Geschichte des Partnerschaftskreises und die Partnerstädte. An Infoständen präsentierten Aktive

Informationen zur 25-jährigen Geschichte des Partnerschaftskreises Wesendorf

© Christiane Dittmann-Martin

die ehrenamtliche Arbeit bei Vereinen, Musikgruppen, Feuerwehr und im Sportclub in Wesendorf.

Das Netzwerk hatte sich erfolgreich um die Teilnahme politischer Prominenz bemüht: Während eines Bürgerfrühstücks mit 500 Gästen thematisierten die ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Ewa Klant (jetzt Mitglied im Bundestag) und der stellvertretende Landrat Werner Warnecke die Förderung von Freiwilligendiensten durch die EU und die Bedeutung des Ehrenamtes für die beteiligten Kommunen in Deutschland, Frankreich, Ungarn und Polen. Der Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil hielt bei der feierlichen Unterzeichnung der Freundschaftsurkunde

zwischen Wesendorf und dem Europaclub aus Vilnius die Laudatio.

Eine Exkursion in die ehemalige in-nerdeutsche Grenzstadt Helmstedt stand unter dem Motto »22 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer«. Die Besichtigung der *Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn* vermittelte insbesondere den jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern neue Eindrücke, die die Teilung Europas nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen. Dabei wurde besonders hervorgehoben, dass erst durch den Fall der Grenze die Partnerschaften Wesendorfs mit den Kommunen und Vereinen in Ungarn, Litauen und Polen möglich wurden.

Im Oktober 2011 trafen sich rund 90 Aktive der Partnerschaftsarbeit aus Demouville, Cuverville, Sannerville, Paka, Radziejów, Vilnius und Wesendorf in Berlin, um sich weiterzubilden. In vier Workshops befassten sie sich mit Jugendbeteiligung in der Partnerschafts-



*Bürgerfrühstück und Feierlichkeiten
anlässlich der Unterzeichnung der Freundschaftsurkunde mit dem Europaclub des
Gymnasiums Senvages in Vilnius
© Christiane Dittmann-Martin*

arbeit, Sprachtausch, Seniorenarbeit, kultureller Zusammenarbeit sowie mit der Beteiligung von örtlichen Vereinen und Schulen. Anhand eines Fragenkatalogs, der von einer Arbeitsgruppe in der Vorbereitung entwickelt worden war, wurden Vergangenheit und Zukunft der Partnerschaftsarbeit beleuchtet. Auf der Grundlage dieses Austausches entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Ideen und Konzepte für die zukünftige Zusammenarbeit. Hierbei entstand die Idee auch in Zukunft Treffen an Dritorten, also nicht in den eigentlichen Partnerstädten, durchzuführen. Das nächste Treffen im Jahr 2012 mit Bürge-

rinnen und Bürgern aus Kommunen und Vereinen aus fünf Ländern wird zum Thema »Aktives Altern« in Wiesbaden stattfinden.

In einem Vortrag erläuterte Prof. Dr. Genot Wolfram, der als Experte im *TEAM Europe* aktiv ist, die Entwicklung und Zukunft der EU und ging dabei auf die Themen erneuerbare Energien und europäische Bürgerschaft ein. Gemeinsam besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Reichstag und das Fest der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

Die Begegnung in Wesendorf wurde auf einer DVD festgehalten, die nach Abschluss des Treffens in allen beteiligten Kommunen insbesondere an Multiplikatoren wie Vorsitzende von Vereinen und Lehrkräfte verteilt wurde. Über die drei Veranstaltungen des Projektes informiert

außerdem ein Pressespiegel, der in einer Auflage von 750 Exemplaren über alle Projektpartner verteilt wurde.



Antragsteller:

**Partnerschaftskreis
Samtgemeinde Wesendorf
Brunnenstr. 23
29392 Wesendorf
www.partnerschaftskreis-sg-wesendorf.de**



Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
Weberstraße 59a, D-53113 Bonn
Internet: www.kontaktstelle-efbb.de
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
(RGRE) – Deutsche Sektion –
Gereonstr. 18–32, D-50670 Köln
Internet: www.rgre.de
E-Mail: post@rgre.de

Die Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (KS EfBB)

Die KS EfBB ist die offizielle nationale Kontaktstelle für das Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« der Europäischen Union in Deutschland. Sie informiert Kommunen, Vereine und Verbände, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013). Antragsteller unterstützt sie sowohl bei der Konzeption ihres transnationalen Kooperationsprojekts als auch bei der Antragstellung. Die KS EfBB wird gefördert durch die Europäische Union aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Die Deutsche Sektion des RGRE ist ein Zusammenschluss von rd. 800 Städten, Gemeinden und Kreisen sowie den drei kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) und zahlreichen kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene. Sie ist Bestandteil des europaweiten kommunalen Netzwerkes im europäischen RGRE (Council of European Municipalities and Regions, CEMR).

Seit über 20 Jahren fördert die Europäische Union Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in Europa. Denn diese kommunalen Partnerschaften haben seit dem Zweiten Weltkrieg einen großen Beitrag zu der friedlichen Annäherung der Völker geleistet und fördern auch heute mit zahlreichen bürgernahen Aktivitäten die Integration Europas. Das EU-Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« unterstützt Bürgerbegegnungen, Exkursionen, Seminare, Ausstellungen, thematische Konferenzen, Publikationen und vieles mehr. Diese sollen den Menschen die europä-

ischen Grundwerte, die kulturelle Vielfalt Europas und die gemeinsame europäische Geschichte bewusst machen und zugleich Reflexionen über die EU, ihre Zukunft und die europäische Politik anstoßen.

Im ersten Teil dieser Publikation werden die Entwicklung und die Potenziale von kommunalen Partnerschaften in Deutschland unter mehreren Aspekten beleuchtet. Der zweite Teil stellt europäische Partnerschaftsprojekte von deutschen Städten und Gemeinden vor, die in den Jahren 2010 bis 2014 mithilfe einer Förderung durch die EU umgesetzt werden.

